

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 20 vom 17. Mai 1985

19. Jahrgang

1 DM

Diese Woche

Wie weiter
im Kampf
gegen Aus-
länderfeind-
lichkeit?
Materialien
und
Dokumente
— Seite 7/8

Materialien
vom
Tribunal
zum Welt-
wirtschafts-
gipfel —
Seite 10

Zum
Muttertag
— Seite 11

Der Hetzer

Am Abend nach der Wahl in NRW ging es bei der „Bonner Runde“ im Fernsehen rund. Willy Brandt geriet mit Kanzler Kohl aneinander. Und Brandt hat doppelt recht gehabt. Zum einen, weil er sich entschieden gegen den Vorwurf des „Antiamerikanismus“ verteidigte, denn er ist nun wirklich immer „bündnistreu“ gewesen; recht hatte Brandt aber auch, als er CDU-Generalsekretär Geißler mal richtig charakterisierte: „Ein Hetzer ist er, seit Goebbels der schlimmste Hetzer in diesem Land“. Wie gut das ankam, zeigen die Reaktionen der Fernsehzuschauer, über die die WAZ in Nordrhein-Westfalen berichtete. In Anrufen, Briefen, Telegrammen hieß es: „Dank für jedes Wort. Es war wie ein Geburtstag“. Oder „Willy, Du warst stark. Hochachtung für Deinen Mut“ und oft „Bravo Willy“. Kohls Kettenhund, wie ihn die „Frankfurter Rundschau“ kürzlich bezeichnete, Heiner Geißler tobt sich zur Zeit wieder mal voll aus. Noch vor der NRW-Wahl und nach dem Nürnberger SPD-Treffen zum 8. Mai begann seine neue Hetzkampagne. In dem von der SPD verabschiedeten „Nürnberger Manifest“, so Geißler, seien die USA „kriminalisiert“ worden, die deutsche Geschichte sei „verfälscht“ und die SPD nehme eine „moralisch und geschichtlich unverantwortliche Umwertung der Begriffe“ vor.

„Geradezu verräterisch“ nannte Geißler einen Satz des SPD-Manifests, wonach die SPD dafür arbeite „dem Faschismus die gesellschaftliche Grundlage zu entziehen“. Diese Grundlage gibt es nämlich gar nicht, so der CDU-Tiefschlagspezialist.

Dazu kommt dann noch der alte Vorwurf, große Teile der SPD seien lediglich Handlanger Moskaus. Geißler versucht hier beim Volk Ängste zu schüren, Emotionen zu wecken, mit kalkulierter Empörung mieseste Stimmungen aufzubauen, die der Politik der schwarzen Regierung von Bonn dienen soll.

Landtagswahl in NRW:

Eine Schlappe für die Wendeparteien

Der Wahlausgang in NRW ist eindeutig, die Wendeparteien haben nicht nur eine Niederlage erlitten, sondern eine Schlappe. Erstmals konnten sie nach einer Landtagswahl nicht so tun als wären sie unerschütterlich, die Aussage, eine Hochrechnung auf das Bundesgebiet bei Bundestagswahlen würde immer noch einen Sieg der Wendeparteien ergeben, stimmte nun nicht mehr.

Daß diese Wahl in sehr starkem Maße von den zentralen Fragen, wie sie bundesweit stehen, geprägt wurde, stritt inhaltlich niemand ab. Ganz zentral stand und steht die Frage der Arbeitslosigkeit in dieser Auseinandersetzung, sie hat eindeutig alle anderen wichtigen gesellschaftlichen Fragen in den Hintergrund gedrängt. Arbeitslosigkeit und Sozialabbau — diese zentrale Achse Bonner Wendepolitik als Mittelpunkt der

Landtagswahl: Das bedeutet nahezu automatisch, daß auch mit über die Bonner Politik abgestimmt wurde. Insofern ist die Wirkung, die Kohl in den Stunden nach der Wahl zeigte, nicht überraschend.

Mit diesem Wahlerfolg der SPD verbinden sich jetzt natürlich große Hoffnungen ihrer Wählerschaft — und dies ist mehr denn je die Arbeiterschaft des größten und industriereichsten Bundes-

landes. Ein Bollwerk gegen Bonn zu sein, versprach Johannes Rau — er war es bereits in den fünf Jahren vor der Wahl nicht gewesen. Trotzdem werden die Erwartungen an eine solchermaßen gestärkte SPD-Alleinregierung anwachsen.

In Bonn sind die Debatten über den künftigen Kurs der Wendeparteien bereits voll im Gang — natürlich vor allem bei der CDU. Kohl hat bisher deutlich unterstrichen, daß er an der bisherigen Politik festhalten will, daß sie nur besser erklärt werden müßte: Erstmals seit der Bundestagswahl tauchen da auch offen andere Stimmen auf.

(Zur Wahl weitere Artikel auf Seite 2)

legten, aber gegenüber den Bundestags- und vor allem Kommunalwahlen riesige Verluste einstecken mußten.

Dazu mag wesentlich beigetragen haben, daß die Parteiführung der Grünen selbst Unsicherheit über den Einzug ins Landesparlament verbreitete, was sicher verun-

Bemerkungen zum Wahlergebnis Überraschend war das Ausmaß...

So kann man den Wahlausgang in NRW kommentieren. Daß die SPD beispielsweise in den Städten des Ruhrgebiets ihre Position würde ausbauen können, war zu erwarten — in diesem Maß jedoch kaum. Und so geht es weiter.

18 der 19 Großstädte von NRW gingen an die SPD, 14 mit der absoluten Mehrheit, vier Ruhrstädte (Duisburg, Oberhausen, Gelsenkirchen, Herne) sogar mit Zweidrittel-Mehrheiten. Da blieb sogar die SPD-Hauptstadt Dortmund mit 63,8 Prozent dahinter zurück. Der CDU blieb nur die Mehrheit in Bonn, selbst die ewig schwarze Hochburg Münster sah eine SPD-Mehrheit.

Der Verlust von 31 der bisherigen 57 CDU-Direktmandate — zum Teil in Wahlkreisen, in denen es bisher über 10 Prozent Vorsprung gegeben hatte und deren Kandidaten, prominente CDUler nicht über die Landesliste abgesichert waren — führt zu einer Landtagsfraktion, die im Kalkül der Parteiführung nicht entfernt so geplant oder auch nur erwartet worden war.

„Ein Schock“, so kommentierte ein Sprecher des westfälischen Landesvorstands der CDU das Ergebnis — die SPD gewann selbst



gegenüber der „Brandt-Wahl“ von 1972 noch einmal fast 2 Prozent hinzu, gegenüber der letzten Bundestagswahl verlor die CDU 8,7 Prozent, die SPD gewann 9,3 Prozent.

Der Konfrontation Rau gegen die Wende, die die SPD aufbauen konnte, und sie sowohl mit populistischen Appellen an das Landesgefühl als auch mit Losungen wie „Aufschwung für alle“ und mit einem ungeheuren Personenkult um Rau durchsetzte, fielen auch die Grünen zum Opfer, die zwar im Vergleich zur letzten Landtagswahl zu-

sicherte Wähler zur SPD getrieben haben dürfte.

Mit dem Wahlsieg Raus siegt die rechte Strömung in der Partei, die am klarsten und eindeutigsten auf die Politik der Sozialpartnerschaft setzt — die weitere Debatte innerhalb der SPD erscheint damit vorgezeichnet. Es wird darum gehen, allen Bestrebungen, eine linkere Politik zu betreiben, wenn schon keine direkte Absage zu erteilen so doch enge und deutliche Grenzen zu setzen.

Fortsetzung auf Seite 2

„Nazis raus aus Nesselwang!“

... so hallte es am Samstag, dem 11. 5. 85, in der Marktgemeinde Nesselwang durch die Straßen. Und für diese Forderung war es höchste Zeit. Denn schon lange geben sich in diesem hübschen ostallgäuer Ort am Fuß der nördlichen Alpenkette die Alt-Nazis ein Stelldichein.



Eingeladen wurden sie von Rolf Buchheister, ehemaliges Mitglied der SS-Panzer-Division „Das Reich“, Besitzer des Hotels „Krone“ und bis vor kurzem noch CSU-Mitglied. Buchheister, der sein Bad mit Hakenkreuzkacheln ausgestattet hatte, an dessen Eingangstür die Runen der SS-Division eingraviert sind, wirbt in dem Organ der HIAG „Der Freiwillige“ offen dafür, daß „Kameraden doch bei Kameraden

Einkauf halten sollen“.

Und die Kameraden ließen sich nicht lange bitten: NPD-Parteitag (Bezirk Schwaben), Jahrestreffen der Mitglieder der SS-Division Totenkopf und Jahrestreffen der ehemaligen SS-Verbände „Leibstandarte Adolf Hitler“ und „Hitlerjugend“. Das ist das Programm für Anfang Mai in der „Krone“.

Fortsetzung auf Seite 8

Der Kampf um Trafo-Union



Das Bild stammt aus der Broschüre des IGM-Vertrauenskörpers der Trafo-Union in Stuttgart-Bad Cannstatt. Der Kampf der Belegschaft gegen die Konzernpläne (Siemens ist Hauptpartner) hat in der letzten Woche einen neuen Höhepunkt erfahren. Der Widerstand gilt der geplanten Werksschließung.

Damit wären in Bad Cannstatt erneut über 1000 Arbeitsplätze verloren, einem Stadtteil von Stuttgart, der laut einem Bericht der Stuttgarter Zeitung seit 5 Jahren über 8000 Arbeitsplätze verloren hat.

Im Bild: Eine Betriebsdelegation „besucht“ Stuttgart OB Rommel (CDU), nachdem dieser gesagt hatte, er verstehe die Pläne von Siemens.

Den Appell der Belegschaft von Trafo-Union an die Öffentlichkeit (und insbesondere an die Siemens- und AEG-Betriebsräte) veröffentlichen wir auf Seite 6, zusammen mit einem Bericht über die Entwicklung.

Bericht vom Plenum des Zentralkomitees der KPD

Am 11. und 12. Mai tagte das Zentralkomitee der KPD in Dortmund.

Ausführlich beraten wurde der Stand der Diskussion in der Partei über den vom Zentralkomitee vorgelegten Programm-entwurf. In der Mehrheit der Landesbezirke fanden zur Diskussion des Programm-entwurfs bereits Mitglie- derversammlungen statt. Auf den Versammlungen traten in der Regel auch Ge- nossinnen und Genossen auf, die den Programm-entwurf grundsätzlich ablehnten mit Begründungen, wie sie auch in zahlreichen Le- serbriefen an den Roten Morgen und in Beiträgen für das parteiinterne Dis- kussionsorgan Kommunist dargelegt sind.

Die große Mehrheit der Parteimitglieder betrachtet den ZK-Entwurf als brauch- bare Diskussionsgrundlage. In zahlreichen Einzel- fragen wurde Kritik geäu- ßert. Zu den häufiger ge- nannten Fragestellungen gehörten etwa die Nichtbe- handlung der Bauernfrage, das Fehlen einer expliziten Auseinandersetzung mit der Partei der Grünen, die Darstellung des internatio- nalen Zusammenhangs der Proletarischen Revolution u. a.

Der verbreitetste Dis- kussionspunkt war, daß der Programm-entwurf nicht die Rolle der Partei behandelt.

Das Zentralkomitee hat beschlossen, im Juni eine erneute Tagung über den Programm-entwurf und die Parteidiskussion darüber anzuberaumen. Zu dieser Sitzung werden auch die Mitglieder der Landesbe-

zirksleitungen eingeladen. Die Frage der Rolle der Par- tei und ihre Behandlung im Programm-Entwurf wird ei- nen gesonderten Tages- ordnungspunkt bilden. Als Grundlage der Diskussion wird von einem Mitglied des Zentralkomitees eine Diskussionsbeitrag ver- faßt.

Das Zentralkomitee hat- te im Herbst letzten Jahres beschlossen, im Juni einen aufgrund der ersten Dis- kussionsrunde in der Partei überarbeiteten Programm-entwurf vorzulegen. Dieser überarbeitete Programm-entwurf sollte dann veröf- fentlicht und öffentlich zur Diskussion gestellt wer- den. Das Zentralkomitee hält nach Beratung des bisherigen Verlaufs der Parteidiskussion eine Überarbeitung des Ent- wurfs im Juni nicht für sinnvoll. Das ZK geht dabei davon aus, daß die Beden- ken jener Genossinnen und Genossen, die den Pro- grammentwurf grundsätz- lich ablehnen, durch eine Überarbeitung natürlich nicht ausgeräumt werden können. Diese Genossin- nen und Genossen haben eine völlig andere Auffas- sung als das Zentralkomi- tee. Der Sonderparteitag wird darüber zu entschei- den haben.

Alle anderen Kritiken, Änderungs- und Ergän- zungsvorschläge, wie sie bislang in der Debatte vor- gebracht wurden, können nach Auffassung des Zen- tralkomitees als Abände- rungs- bzw. Ergänzungs- anträge zum vorliegenden Entwurf formuliert werden. Das Zentralkomitee hat

deshalb beschlossen, vor dem Parteitag keine gene- relle Überarbeitung des Entwurfs vorzunehmen, sondern alle Änderungen, die das Zentralkomitee für notwendig hält, als Abän- derungsanträge zum vor- liegenden Entwurf zu for- mulieren. Entsprechend werden alle Anträge, die von Parteimitgliedern und Parteigremien zu Abände- rung des vorliegenden Ent- wurfs gestellt werden, be- reits als Anträge an den Sonderparteitag aufgefaßt.

Das Zentralkomitee hat ebenfalls beschlossen, den vorliegenden Programm-entwurf mit einer Vorbe- merkung, aus der hervor- geht, daß darüber auch in unserer Partei kontrovers diskutiert wird, in der nächsten „gemeinsamen Beilage“ zu veröffentli- chen. Die anderen an der gemeinsamen Beilage be- teiligten Organisationen haben dem zugestimmt.

Das Zentralkomitee hat ausführlicher die Frage diskutiert, ob eine Veröf- fentlichung des Entwurfs zu einem Zeitpunkt, zu dem in der Partei noch sehr kon- trovers diskutiert wird, sich nicht negativ auf die Partei- diskussion auswirken könnte. Insbesondere hat das Zentralkomitee sich mit der Frage auseinan- dergesetzt, ob nicht gerade jene Genossinnen und Ge- nossen, die dem Entwurf grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen, die Ver- öffentlichung Ende Mai/ Anfang Juni als Übergehen ihrer Bedenken mißverstehen können. Das Zentralkomitee meint, daß eine solche Interpretation nicht berechtigt wäre. Die Partei wird ihre Entscheidung auf dem Sonderparteitag im November fällen. Zu einer verantwortungsbewußten Entscheidung der Partei gehört aber auch, daß sie sich zuvor mit den Auffas- sungen anderer revolutionä- rer Organisationen ausein- andergesetzt hat. Das ist aber nur möglich, wenn die Veröffentlichung nicht weiter hinausgezögert wird.

Wenn man davon aus- geht, daß die Auseinan- dersetzung mit anderen revo- lutionären Kräften ehrlich gesucht wird in dem Sinne, daß die von ihnen geäu- ßerten Auffassungen auch in der Diskussion innerhalb unserer Partei ernstge- nommen werden, kann man nicht andererseits als Voraussetzung für die Ver- öffentlichung des Entwurfs fordern, daß die innerpar- teiliche Diskussion schon so gut wie abgeschlossen ist.

Im Hinblick auf die Wei- terführung der Diskussion zum Sonderparteitag hat das Zentralkomitee be- schlossen, daß ab Juni

Sonderausgaben des „Kommunist“ mit Stellung- nahmen und Anträgen zum Programm und Statut er- scheinen. Für diese Son- derausgaben wird die all- gemein geltende 300-Zei- len-Begrenzung der Bei- träge aufgehoben.

Weiter hat das Zentralkomitee beschlossen, daß im Roten Morgen Platz zur öffentlichen Diskussion des Programm-entwurfs zur Verfügung gestellt wird.

Das Zentralkomitee dis- kutierte den am 26. April schriftlich erklärten Aus- tritt des Genossen Ernst Aust aus dem Zentralkomi- tee der Partei. Inhaltlich solidarisiert Genosse Aust sich mit den Positionen der sogenannten Kieler Erklä- rung. Beschlossen wurde der Abdruck der Begrün- dung des Genossen Ernst Aust und einer Stellung- nahme des Zentralkomi- tees im Kommunist. Ge- nosse Detlev Schneider wurde bei der notwendig gewordenen Nachwahl zum Vollmitglied des Zen- tralkomitees gewählt. Auf dem letzten Parteitag war er als Kandidat des ZK ge- wählt worden.

Diskutiert wurde ein Beitrag für die nächste „gemeinsame Beilage“ zur Frage der Einheit der re- volutionären Sozialisten.

Das Zentralkomitee dis- kutierte die Frage der türki- schen Ausgabe des Roten Morgen und der Einbezie- hung der Parteimitglieder aus der Türkei in die Partei- diskussion. Seit geraumer Zeit ist die türkische Aus- gabe des Roten Morgen nicht mehr erschienen. Ebenso unverzichtbare Übersetzungen von Partei- dokumenten nicht mehr er- folgt, was es für den Groß- teil der Parteimitglieder aus der Türkei fast unmög- lich macht, an der Partei- diskussion teilzunehmen. Der Versuch, gestützt auf den bisher damit verant- wortlich betrauten Genos- sen, diese Arbeit zu reor- ganisieren, ist gescheitert. Beschlossen wurde die Einberufung einer Konfe- renz von türkischen Partei- mitgliedern, um diese Pro- bleme und mögliche Lö- sungen zu diskutieren. Kurzfristige Möglichkeiten zur Übersetzung bestimm- ter Dokumente werden ge- prüft bzw. eingeleitet.

Dem Plenum wurde ein Bericht von einem Genos- sen der zuständigen Abtei- lung über Entwicklungen seit der Bonner Wende im Bereich des demokrati- schen und antifaschisti- schen Kampfes und der Friedenspolitik vorgetra- gen. Aus Zeitmangel kam es nicht mehr zu einer aus- führlichen Diskussion. Das Politbüro wurde beauf- tragt, die angesprochenen Fragen zu diskutieren und dem ZK Bericht zu erstat- ten.

Überraschend war das Ausmaß...

Fortsetzung von Seite 1

Die Debatte, die nun in der CDU anläuft, dreht sich im Prinzip um zwei grundlegen- de Möglichkeiten: Entweder Fortsetzung des bisherigen Kurses ohne Einschränkung oder Veränderungen in der Sozialpolitik vorzunehmen. Strauß hat sich bereits deut- lich zu Wort gemeldet und ei- nen populistischen Kurs ge- fordert, die Sozialausschüsse fordern faktisch Beschäfti- gungsprogramme, Kohl will seine Politik besser darge- stellt wissen.

Grenzen sind der CDU deutlich gesetzt: Einmal durch den Auftrag derer, für die sie, wie keine andere Partei, regieren: das Groß- kapital. Zum anderen da- durch, daß sie natürlich eine Massenbasis unter der Wäh- lerschaft brauchen — im Gegensatz etwa zur FDP. Ihre Hoffnung wird, wie schon zur Jahreswende ansatzweise formuliert, darin bestehen, daß keine weiteren deutli- chen sozialen Abbaumaß- nahmen erforderlich sind, sondern die bisherigen ku- mulativ weiterwirken — bei der Frage der Renten hat die-

se Hoffnung bereits getro- gen.

Die FDP wieder im Land- tag — das war nach den letz- ten Entwicklungen erwartet worden, zumal ihr ja das letzte Mal wenige Stimmen fehlten. Ihr Zugewinn war geringer als erhofft, im Ruhrgebiet verlor sie sogar weiter an Stimmen. Eindeu- tig hat sie in stark bürgerlich geprägten Gegenden auch der Ruhrgebietsstädte (so- fern vorhanden) zugewon- nen. Aber auch dieser leichte Zugewinn der FDP kann das Ergebnis dieser Wahl nicht wesentlich verändern, das ja nicht nur in einer Schlappe der CDU sondern der beiden Wendeparteien besteht — auch nicht entfernt konnte die FDP die Verluste der CDU auffangen, auch ge- meinsam beträgt der Verlust gegenüber 1980 mehr als 5,5 Prozent.

Die heftigsten Ausein- dersetzung nach der Wahl zeichnen sich aber bisher bei den Grünen ab, wo Otto Schily eine Reform an Haupt und Gliedern verlangte — eine Formulierung, die der Entwicklung der Grünen zu einer normalen parlamenta- rischen Partei dienen soll.

Links von der SPD:

Wenig Bewegung

Das Wahlergebnis der Landtagswahl in NRW untermauert nachdrücklich die nahezu absolute Vorherrschaft der SPD in der Arbeiterbewegung. Links davon war dementspre- chend wenig Bewegung zu registrieren.

Die Friedensliste (FL) er- reichte mit über 61 000 Stim- men rund zwei Drittel der ab- soluten Stimmenzahl der Eu- ropawahl letztes Jahr (0,7 ge- genüber 1,3 Prozent). Dies ist ungefähr das Doppelte des Ergebnisses, das die stärkste Kraft innerhalb der Frie- densliste, die DKP, bei der letzten Landtagswahl erziel- te. An die Friedensliste erge- hen bereits jetzt heftige Schuldzuweisungen der Grü- nen, die FL-Kandidatur habe sie die entscheidenden Zehn- telprozent für das Übersprin- gen der 5%-Hürde gekostet. Wobei unterstrichen werden muß, daß die Grünen, wie schon bei der Kommunal- wahl (dort noch viel deutli- cher) jedes politische Bünd- nis — nicht nur gegenüber der FL — abgelehnt hatten. Aber insgesamt ist der Ver- such der FL, die Friedensfra- ge zur Hauptfrage in diesem Wahlkampf zu machen, ge- scheitert, wie auch die Ver- suche, sich als die Friedens- partei darzustellen. Die Wahlwerbung, die „ver- sprach“ vom Geld für die Stimmen über 1 Prozent je- weils 1 DM pro Stimme für Nicaragua zu spenden wur- den in vielen aktiven Kreisen ausgesprochen unfreundlich aufgenommen (denn dies ist ja nun ein ganz anderes „Ver- sprechen“ als einst das der Grünen, grundsätzlich einen

Teil zu spenden).

Mit KPD und MLPD kandidierten zwei revolutionäre Parteien. Die KPD nur in acht, die MLPD in 66 Wahlkreisen. Die KPD erzielte dabei 432 Stimmen, die MLPD 3368 — beides ein Durchschnitt von knapp über 50 Stimmen pro Wahl- kreis. In den acht Wahlkrei- sen, wo beide aufeinandertrafen, blieb jeweils die KPD vorne. Ein „Sieg im Keller- derby“, der den Genossen der MLPD insofern zum Nachdenken Stoff geben sollte, ob sie die These auf- recht erhalten können, daß ausgerechnet sie (nachdem es alle anderen nicht geschafft haben) mit einem Durch- bruchkampf, mit massiver Mobilisierung der ganzen Partei Erfolg haben können. Das Ergebnis spricht deutlich dagegen. 50 Stimmen im Schnitt — wenn so etwas unge- fähr landesweit gehalten werden könnte, so käme zwar ein im bisherigen Ver- gleich revolutionärer Kandi- daturen einigermaßen be- achtliches Ergebnis heraus, aber eben immer noch recht gering. Ein Ergebnis das, wie immer es auch die Genossen der MLPD aktuell bewerten werden, danach verlangt, sich ausgesprochen ernsthaft Gedanken einer gemeinsa- men Wahlkandidatur der Re- volutionäre zu machen.

KPD-SEMINAR Frauen und Familie im Sozialismus

Termin: 1./2. Juni

Thema: „Frauen und Familie im Sozialismus“
Nach dem Einstieg in die Diskussion auf dem letzten Frauenseminar waren wir uns ganz schnell einig, daß wir da ein ganzes Wochenende brauchen. Der Unkostenbeitrag liegt bei ca. 30,— DM.

Anreise: Samstag, 14.00 Uhr

Ende: Sonntag 14.00 Uhr

Anmeldungen: Ab sofort bei der Frauenabtei- lung der KPD

Impressum

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79 600-461. Bankkonto: Stadtspar- kasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen, Tel.: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo- Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Richter Klein will runde Sachen:

BFH-Präsident nimmt Partei für „Parteispender“

Nur wenige Tage nachdem ein Kölner Gericht (unter ausgesprochen dubiosen Umständen, was die Besetzung des Gerichts betrifft, siehe RM 19/85) erstmalig angebliche Parteispender freisprach, da sie angeblich im guten Glauben gehandelt hatten, stieß jetzt der Präsident des Bundesfinanzhofes, Franz Klein, in einem öffentlichen Vortrag nach: Die sogenannten Spender konnten darauf vertrauen, daß sie im Recht waren lautete seine eindeutige These.

„Da der Gesetzgeber erst 1984 Durchlaufspenden für staatspolitische Zwecke für unzulässig erklärte und das Finanzgebaren 25 Jahre nicht beanstandet wurde, konnten die Steuerpflich-

tigen davon ausgehen, daß hier ein zuverlässiger Weg gegeben sei, Spenden an Parteien steuerlich abzusetzen, zumal es nichts Ungewöhnliches ist, daß Spenden als Betriebsausgaben abgezogen

werden können, sondern dies von der Finanzverwaltung in vielfacher Weise anerkannt wurde.“ („Handelsblatt“, 10. Mai)

Das ist die Kernaussage des obersten Finanzrichters der BRD zur Frage der sogenannten Parteispender. Damit unterstützt er nachdrücklich das Kölner Urteil mit dem die „Spender“ freigesprochen wurden — ein Urteil, das sich gerade auf die Praxis der Betriebsausgaben bezogen hatte.



Flick — nach Richter Kleins Willen war sein Einkauf eine normale Betriebsausgabe

Ein halbes Jahr ohne Genehmigung produziert

Hanauer Nuklearbetriebe stillgelegt?

Mächtig Aufregung verursachte bis in die letzte Woche die Maßnahme des hessischen Wirtschaftsministers Steger (SPD) einem der Hanauer Nuklearbetriebe, der RBÜ die Betriebsgenehmigung zu entziehen. Seit einem Gespräch im Bundesinnenministerium letzte Woche ist es stiller geworden — die Rechtsgrundlage war nicht nur einwandfrei, sondern zwingend.

Vor zwei Wochen hatte Ulrich Steger bekanntgegeben, daß die „Reaktor-Brennelement Union“ (RBÜ, 900 Beschäftigte) teilweise stillgelegt wurde. Sofort kam heftiger Protest, das würde faktisch die Stilllegung der gesamten Hanauer Nuklearbetriebe (darunter auch Nukem und Alkem, die ein zentraler Streitpunkt in der Auseinandersetzung zwischen der SPD und den Grünen in Hessen gewesen waren) bedeuten.

An der Spitze des Protestes natürlich die Regierungsparteien in Bonn: Der CDU-Abgeordnete Warrikoff, Chef der RBÜ und ihrer „Mutter“ Alkem, FDP-Wirtschaftsminister Bange mann (der das rot-grüne industriefeindliche Chaos kommen sah) und Innen-

minister Zimmermann, der die Maßnahme als „überzogen“ bezeichnete.

Die Konzerne, die hinter dem Hanauer Konglomerat stehen, hatten also ihre politischen Interessenvertreter mobilisiert, und die hatten, pflichtgemäß, sofort eine Kampagne gestartet.

Vor lauter Eifer hatten sie übersehen, daß die Maßnahme Stegers überfällig war — seit November arbeitete die RBÜ bereits ohne eine Genehmigung einfach weiter, wurden die Brennstäbe, um die es konkret ging, weiter montiert. Die Frage, warum dies ein halbes Jahr lang einfach so geschehen konnte, warum dagegen nichts unternommen wurde, warf niemand auf, sondern die Kampagne galt allein der Tatsache, daß, spät, doch

noch etwas dagegen unternommen wurde, daß hier gegen geltende bürgerliche Gesetze verstoßen worden war.

Zimmermann jedenfalls mußte bei einem Treffen mit Vertretern des hessischen Ministeriums klein beigeben und damit auch den öffentlichen Tiraden Bangemanns sozusagen in den Rücken fallen, worüber der sich nun wiederum beklagte.

Dabei kann man den aktuellen Anlaß für Stegers Vorgehen durchaus in den entsprechenden Bestrebungen einer Koalitionsbildung zwischen SPD und Grünen in Hessen betrachten — daß es sich um eine gesetzlich vorgeschriebene Handlungsweise dreht, bleibt eine klare Tatsache.

Im bisherigen Verlauf zeigt die ganze Geschichte vor allem wieder einmal eine Tatsache völlig klar: Daß die politischen Vertreter des Kapitals, der Großkapitalisten (den hinter dem Hanauer Konglomerat steht ja unter anderem das RWE) ständig bereit sind, für ihre laufenden Geschäfte (bzw. für die ihrer Hintermänner) auch gegen selbsterlassene Gesetze zu verstoßen, bzw. (wie bei Flick so extrem) Unkenntnis vorzutäuschen.

Ein Urteil übrigens, das dem CSU-Professor Klein nicht unbekannt sein dürfte: Schon lange hatte sich gerade er selbst mit solchen Thesen in der öffentlichen politischen Debatte zu Wort gemeldet und dabei die von den betroffenen Kapitalisten aufgestellten verlogenen Behauptungen unterstützt. Klein und die Angeklagten, wie auch die anderen Richter, wissen, daß es keinen „rechtsfreien“ also unklaren Raum gegeben hat. Und wenn Gesetzesverstöße gewohnheitsmäßig geduldet werden, so erwächst daraus keinesfalls ein entsprechenden Recht, sondern entsteht viel naheliegender die Frage, ob die Finanzämter verwirkelt waren. Wofür es ja in mehreren Bundesländern, in erster Linie in Kohls Rheinland-Pfalz, eindeutige Beweise gibt.

Wenn Klein jetzt erneut einen solchen Vorstoß unternimmt, sich dermaßen weit aus dem Fenster beugt, dann kann das nur heißen, daß jetzt das Signal dafür gegeben werden soll, mit der ganzen Affäre endgültig Schluß zu machen. Eine Amnestie, die auf kaltem Wege, durch angeblich unabhängige Gerichte durchgepeitscht werden soll, die selbstverständlich vor allem den beiden Regierungsparteien und ihren großkapitalistischen Spendern nutzen soll. Von der SPD kam erneut kein Protest. Nur ihr Rechtspolitiker Emmerlich machte Einwände — die Parteiführung als Ganzes hat ja längst, sei es aus eigener Verwicklung, sei es aus dem Bemühen, diesen Staat unbedingt zu tragen, darauf orientiert, eine solche kalte Amnestie hinzunehmen.

Die Gerichte sollten klären: Damit war von Beginn an gemeint, die Finanzgerichte sollten dies tun. Propagiert von Franz Josef Strauß, der wohl wußte, wer der höchste bundesdeutsche Finanzrichter ist und wes Geistes Kind dieser Mann ist. Das hat in Köln nach einer

Reihe entsprechender Vorstöße in der Debatte begonnen, jetzt kommt von Klein das Signal zum „Endspurt“.

Eine Kampagne, hier politischen Druck zu machen, wie sie von der KPD und anderen politischen Kräften vorgeschlagen wurde, unterblieb, weil dazu entweder keine Bereitschaft bestand oder aber weil kühn behauptet wurde, sie würde nur Pseudoreformmaßnahmen

unterstützen. Dazu aber gab es bei Kapital und bürgerlichen Parteien von Beginn an keine Bereitschaft, was jeder sehen konnte, der es genau betrachtete. Anstatt konkreter Politik beließen es auch viele Revolutionäre — bestenfalls — bei abstrakter „Entlarvung“, die wirkungslos bleiben mußte. Eine Möglichkeit, Empörung auch zu mobilisieren, wurde vertan.

Proteste der Medizinstudenten

Wer prüft die Prüfer?

Fast die Hälfte aller Medizinstudenten ist in der vorentscheidenden bundeseinheitlichen Physikprüfung durchgefallen. Dagegen protestieren die Betroffenen in dieser Woche mit Aktionen. Zum Teil wird dies von der Reaktion arrogant als „Protest der Versager“ dargestellt — weit entfernt von der Wahrheit.

Die Durchfallquoten waren im übrigen ausgesprochen unterschiedlich, reichten in einzelnen Universitäten bis zu zwei Dritteln aller Prüflinge. Betrachtet man auf der anderen Seite dann die Zahl derjenigen, die diese Prüfung bestanden haben, so zeigen sich verblüffende Parallelen zu den Zahlen, die die jeweiligen Ärztekammern als akzeptabel vorgaben.

Die Richtung des Protestes ist eindeutig: Hier wird systematisch gesiebt, im Interesse, oder im Auftrag ärztlicher Standespolitiker. Da sollen die Pfründe von Großverdienern abgesichert werden, ist keine Rede mehr von freier Berufswahl oder ärztlicher Versorgung, und was andere oft verkündete hehre und hohle Prinzipien mehr sind.

Schließlich kann es kaum sein, daß die zynische Versagertheorie zutrifft — zumindest wurden die Betroffenen dann zu solchen gemacht. Denn es ist ja bekannt, daß der Zugang zum Medizinstudium nicht so einfach ist, daß da entweder gute Noten oder sehr viel Vitamin B not tut, um einen Studienplatz zu bekommen. Zu Beginn ihres Studiums handelte es sich

also keinesfalls um „Versager“ und nun plötzlich so massenhaft?

In früheren Jahren als es auch bereits so deutlich durchschaubare Siebaktionen gegeben hatte, hatte sich in vielen Fällen herausgestellt, daß es dabei einerseits tatsächlich nicht mit rechten Dingen zugegangen war, daß andererseits die Kinder von Ärzten durchaus erstaunlich gut und überdurchschnittlich abgeschnitten hatten. Also durchaus eine differenzierte Auslese, die die Hintermänner dieser Prüfungen da organisieren lassen.

Heutzutage reihen sich solche Vorgänge außerdem eindeutig in die allseits politisch propagierte und vorangetriebene Elitenbildung an den Hochschulen ein, die eben alle Fachbereiche durchzieht und nicht nur die direkten technischen, unmittelbar das Kapital interessierenden Bereiche umfaßt.

Der Protest der Medizinstudenten in diesen Tagen jedenfalls ist ausgesprochen gerechtfertigt, richtet er sich doch gegen eine Maßnahme, die ganz bewußt soziale Ungleichheit stärkt, Privilegien verteidigen soll — und die dies natürlich auch tut.

Genschers Vorstoß:

Industriediplomaten

Daß die Diplomaten des Auswärtigen Amtes der Außenpolitik der BRD dienen und damit selbstverständlich auch den kapitalistischen Interessen der herrschenden Klasse dieses Landes, ist ebenso eindeutig wie in anderen kapitalistischen Staaten auch. Spätestens seit der Reise Kohls nach China war deutlich geworden, daß sie nun auch direkt Vertreterdienste übernehmen sollen.

Und genau in diese Kerbe schlägt Genschers Vorstoß. Hohe Beamte des Amtes ließ er eine Dokumentation vorlegen, die unterstreicht, daß der Personalstand der Diplomatie sich in zehn Jahren um über 200 auf knapp unter 6000 Menschen reduziert hat. Eifrig wird der Vergleich zu Staaten wie USA, Frankreich und Großbritannien gezogen, die allesamt wesentlich mehr Diplomaten beschäftigen, Großbritannien über das doppelte der BRD.

In eben diesem Papier des Amtes wird ausdrücklich betont, daß es als „vordringlich“ angesehen wird, daß die Botschaften der westdeutschen Industrie größere Unterstützung beim Bemühen

um Auslandsaufträge zuteil werden lassen.

Dafür soll nun sogar noch der laufende Etat des Außenministers um runde 10 Prozent, in Zahlen 240 Millionen DM erhöht werden. Mit anderen Worten: Die staatlich bestellten Vertreter der Industrie sollen aus Steuergeldern mit einem bedeutenden zusätzlichen Brocken versehen werden — einen Betrag, den man (die Regierung) ja notfalls anderswo wegzurücken kann.

Für diesen zusätzlichen Kundendienst am Kapital sei die Aufstockung des Personals im Auswärtigen Amt nötig — so wird es in dem Dokument ausdrücklich gesagt. Die Linie dieser Be-

kanntgabe des Amtes war schon in der Kohlschen Regierungserklärung angegeben worden — auch sie entstammt, wie alles Wichtige an Kohlscher Wendepolitik, den kurz vor dem Herbst 82 veröffentlichten Denkschriften der Unternehmerverbände. Die Erfolge, die mit diesem Vorgehen gerade bei der Reise Kohls in die VR China erzielt wurden — dort wurden erneut serienweise Aufträge an Land gezogen — haben nun ganz direkt dazu geführt, diese Entwicklung zu beschleunigen.

Der Diplomat mit Aktenskoffer — und darin das Auftragsbuch für seine Konzerne, die er zu vertreten hat, das ist das moderne Bild der BRD-Außenpolitik wie es der Wendepolitik entspricht.

Im übrigen ist dieses Vorgehen nur eine abrundende Ergänzung zu den Erklärungen dieser Regierung beispielsweise in bezug auf die Entwicklungshilfe, die ja auch noch direkter dem Geschäftsinteresse der Konzerne untergeordnet werden sollte und dies auch bereits wurde.



Tarifverhandlungen bei HBV

Ausweitung der Warnstreiks tut not!

In folgenden Bereichen der HBV — im Einzelhandel — wurden bisher Tarifabschlüsse getätigt: Berlin, Bremen, Hamburg, Bayern, Hessen und Baden-Württemberg. Sie alle beruhen praktisch auf der Empfehlung der HBV und der Hauptgemeinschaft der Einzelhändler, in der im Kern folgendes vereinbart worden war:

Ergebnis des 2. Sondierungsgesprächs HDE/HBV vom 25./26. 2. 1985 in Essen: Präambel:

Der Sozialpolitische Beirat der HDE ist zu folgender gemeinsamer Erklärung bereit. Diese ist aber kein einstimmiger Beschluß des Sozialpolitischen Beirats, sondern ein Mehrheitsentscheid dieses Gremiums.

1. Der SoPo der HDE ist bereit, ab 1. 1. 1986 die Arbeitszeit auf 38,5 Stunden pro Woche festlegen zu lassen.

2. Die Laufzeit dieser Arbeitszeitverkürzung soll 3 Jahre betragen.

3. Für die Laufzeit dieser Arbeitszeitregelung wird die Systematik bei Urlaubsgeld, Sonderzahlung und VWL nicht verändert. Die entsprechenden Verträge werden bis Ende 1988 verlängert.

4. In den Manteltarifverträgen ist zu vereinbaren, daß trotz tariflicher Verkürzung der Wochenarbeitszeit in jedem Betrieb die Möglichkeit besteht, unbeschadet einer besonderen Ausgleichsregelung bis zu 40 Wochenstunden ohne Mehrarbeitszuschläge zu arbeiten.

5. Hinsichtlich der Teilzeitarbeitsverträge wäre der SoPo der HDE bereit zu empfehlen, die diesbezügliche Soll-Regelung von NRW und Hessen in alle Tarifverträge der Länder zu übernehmen. Besitzstand für TZ-Kräfte, die bisher in der Arbeitslosenversicherung sind.

6. Alle sonstigen die Arbeitszeit betreffenden Forderungen

zum Manteltarifvertrag einschließlich der Forderung zur Erweiterung des § 92 Betriebsverfassungsgesetz sind dann nicht mehr Gegenstand der Verhandlungen in den Ländern. Dies betrifft auch weitergehende Forderungen zu den Teilzeitarbeitsverhältnissen in den Ländern.

7. Die bisher bereits auf Länderebene erzielten Ergebnisse beim Manteltarifvertrag bleiben unberührt.

8. Es besteht Einigkeit, daß eine volle Anrechnung der Arbeitszeitverkürzung auf die beiden Tarifabschlüsse 1985 und 1986 erfolgt.

Die HBV-Zustimmung erfolgte vorbehaltlich der einvernehmlichen Regelung der zusammenhängenden Freizeit in Verbindung mit der „Ausgleichsregelung bis zu 40“ (Punkt 4) in den nächsten Verhandlungen.

Unsere konkreten Vorschläge sind hierfür:

1. Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit ausschließlich der Pausen beträgt 38,5 Stunden.

2. Eine von Ziff. 1 abweichende Regelung kann durch Betriebsvereinbarung getroffen werden, sofern eine im voraus festgelegte zusammenhängende regelmäßige Freizeit (z.B. roulierende Freizeitsysteme) vereinbart wird. In diesem Fall muß im Durchschnitt eines Kalenderjahres die 38,5-Stunden-Woche erreicht werden.

3. Die durch die Verkürzung der Wochenarbeitszeit entstehende Freizeit ist zusammenzufassen und auf der Basis einer

- 6-Wochen- (oder)
- Quartals- (oder)
- Jahresplanung

rechtzeitig im voraus durch Betriebsvereinbarung zu regeln.

Saarland, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und NRW sind die nächsten Länderbereiche, in denen Abschlüsse in gleicher oder ähnlicher Art erwartet wer-

den, wie in den vorgenannten Bereichen. In NRW wird am 15. 5. weiter verhandelt.

Während überall dieser Tarifabschluß mehr oder weniger schnell und „problemlos“ für die Unternehmer durchgezogen wurde — die Warnstreiks, die z.T. stattfanden, hatten weniger den Charakter von direkten Erzwangs- oder Mobilisierungsform, sondern waren häufig eher begleitende Drohgebärde, um die Ergebnisse der zentralen Verhandlungen vor Ort durchzusetzen.

Bezüglich des Lohn/Gehalts wurde vereinbart: 2,5 Prozent ab April, 2,1 Prozent ab April 1986 — also genau die angekündigte und verabredete „volle Anrechnung“ der Arbeitszeitverkürzung auf die Tarifabschlüsse!

Besonders schwierig erscheint nach wie vor die Lage in Niedersachsen, wo erst vor

einigen Tagen klar wurde, daß man auch von Unternehmenseite jetzt doch auf der „Basis“ der zentralen Vereinbarungen am 29. 5. weiter verhandeln will.

Beurteilt man allerdings das „zentrale Ergebnis“, so kommt man nicht umhin, von einer Art Leber-Knödel zu sprechen. Das betrifft zum einen die niedrigen Lohn- und Gehaltserhöhungen, das betrifft den Verzicht auf eine Reihe weiterer Forderungen (Urlaubsgeld, Urlaubsverlängerungen etc.) die vor den Verhandlungen aufgestellt worden waren, wie auch die Flexibilitätsteile der Absprache.

Im Bereich des Großhandels wurde nach der 4. Verhandlungsrunde die Gespräche abgebrochen und die HBV erklärte, man werde einerseits die Warnstreiks ausweiten, zum anderen den Landesschiedlicher anrufen.

Kriminalisierungsversuch von IGM-Streikposten!

So muß man ein Urteil bezeichnen, daß dieser Tage vom Amtsgericht Böblingen gefällt wurde.

In der entsprechenden Pressemitteilung wird berichtet:

Das Gericht sah es als erwiesen an, daß er im Frühjahr 1984 den Werkleiter einer bestreikten Firma in Herrenberg bewußt falsch angeschuldigt habe, ihn mit dem Auto angefahren zu haben.

Nach Darstellung des Angeklagten hatte der Werkleiter sich mit seinem Auto gegen mehrere Streikposten gewaltsamen Zugang zum Werk verschaffen wollen und

ihn dabei angefahren. Wegen Prellungen am Oberschenkel habe er sich in ärztliche Behandlung begeben und den Vorgang der Polizei angezeigt. Im Gegensatz dazu kam das Gericht zu der Überzeugung, daß der Streikposten sich selbst auf das Auto geworfen habe. Die Zeugen aussagen in der mündlichen Verhandlung blieben widersprüchlich.

Der Staatsanwalt hatte im Prozeß die klare Meinung vertreten, daß die Aufstellung von Streikposten stets den Tatbestand der Nötigung erfüllen würde.

Kurz und knapp

Ehemaliger Bundesarbeitsgerichts-Präsident

Munition für Unternehmer

So geschehen auf der Jahrestagung der Vereinigung der Eisen- und Metallindustrie Rheinland-Hessen.

Professor Müller, ehemaliger BAG-Präsident, kennzeichnete auf dieser Versammlung von Unternehmern die sogenannte Angriffsaussperrung als zulässig — ja verstieg sich zu der Bemerkung, daß gerade in Krisenzeiten das bloße passive Durchhalten eines Arbeitskampfes unzumutbar sei, Angriffsaussperrung notwendig sei, um „Schaden von der Volkswirtschaft abzuwenden.“

Seinen ehemaligen Beschluß bezüglich der Quoten von Streikenden zu Auszu-

sperrenden — die in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen müssen —, hält er heute nicht mehr für sinnvoll.

Darüber hinaus sprach er sich für die Änderung des § 116 Arbeitsförderungs-gesetz aus, nach dem im letzten Jahr — nach harten Auseinandersetzungen darum, den Metallern Kurzarbeitergeld gezahlt worden war.

Er gab den anwesenden Kapitalisten auch gleich noch einen Tip, was sie bisher falsch gemacht hätten: Seiner Meinung nach sei dieser Paragraph verfassungswidrig — ihn wundere es, daß dies noch niemand habe feststellen lassen.

Interessenausgleich bei Grundig vereinbart!

Nach zweimonatigen Verhandlungen zwischen dem Vorstand von Grundig und der IGM und Betriebsräten von Grundig wurde jetzt der Inhalt des abgeschlossenen Interessenausgleichs bekannt. Er besteht im wesentlichen aus zwei Punkten:

1. Ausgehend vom Grundsatz, daß Entlassungen „vermieden werden sollen“, womit nach Meinung der Geschäftsleitung und der IGM die angekündigten 3000 Entlassungen „im Grunde hin-fällig seien“, wurde vereinbart, in einer paritätischen Kommission alle Möglichkeiten zu prüfen, „neue Produkte zu entwickeln“ — beispielsweise Steuerungs- und Überwachungsanlagen. Kommentar der Geschäftsleitung: „Die Entscheidung in diesem Bereich zu expandieren ist gefallen.“

2. Ein umfangreiches Schulungs- und Weiterbildungsprogramm — befristet auf zwei Jahre wurde vereinbart, daß z.T. von Grundig, z.T. von der Bundesanstalt für Arbeit bezahlt wird. Den entsprechenden

Pressemitteilungen ist zu entnehmen, daß der bisherige Verdienst erhalten bleiben soll.

Parallel zu diesen beiden Eckpunkten wurde vereinbart:

- Unternehmensinterne Versetzungen — also zwischen den Standorten.

- Seniorenprogramm für die, die älter als 55 sind — offensichtlich vorzeitiges Ausscheiden in Anlehnung an den C Vorruhestand — 85 Prozent Verdienstfortzahlung.

- Abfindungsaktion für die, die „freiwillig“ ausscheiden wollen.

Arbeitsplatzabbau findet dann — vorerst — in der Form statt, daß all die Plätze, die über Seniorenprogramm oder Umschulungsprogramm frei würden, nicht mehr neu besetzt werden.

Bergbau-Abschluß

Arbeitszeit bis 1989 festgeschrieben!

Rückwirkend zum 1. 5. 1985 werden die Tariflöhne um 3,1 Prozent erhöht — allerdings für 14 Monate Laufzeit, in 1986 zwei Freischichten — bis 1989 je Jahr zwei Freischichten dazu — so daß dann — umgerechnet — 1989 die 38,5-Stunden-Woche in etwa erreicht wäre.

Alle Arbeitszeitbestimmungen können frühestens zum 31. 12. 89 gekündigt werden — damit ist neben der IG Chemie, die bis Ende 88 abgeschlossen hat, der HBV, die ebenfalls bis Ende 88 abgeschlossen hat, für bestimmte Handelsbereiche, die IGBE die dritte DGB-Gewerkschaft, die weit über die Laufzeit der IGM Regelungen die Arbeitszeit festgeschrieben hat. Schon allein von daher muß die Beurteilung dieses Tarifabschlusses negativ ausfallen.

Darüber hinaus bedeutet die vereinbarte Lohn/Gehaltsanhebung — wie bei

HBV — ebenfalls eine Verrechnung von Lohn und Arbeitszeit.

Die Forderung nach „vollem Lohnausgleich“ und Arbeitszeitverkürzung ist mit diesem Abschluß über Bord — er orientiert sich an der Linie der extrem sozialpartnerschaftlichen Führung dieser Gewerkschaft, ganz im Sinne des IG-Chemie-Bosses Rappe, seiner Idee der „gesamtgemeinschaftlichen Verabredung“ — nutzen tut diese Verabredung offensichtlich nicht den Kum-pels, sondern den Aktionären der Ruhrkohle AG.

Da dieses Gesetz die Einstellungsbedingungen u. a. entscheidend prägen wird, dokumentieren wir die wichtigsten Bestimmungen im nebenstehenden Kasten. Der vollständige Text kann bei der Redaktion angefordert werden. Aus dem Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales vom 17.4.1985 ergibt sich insbesondere, daß für den Bereich der Werften und für Konzerne den Monopolen zusätzliche „Flexibilisierungsinstrumente“ an die Hand gegeben worden sind.

So heißt es im Ausschlußbericht zu den Änderungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes u. a.:

In einigen Bereichen, in denen eine Gefährdung der sozialen Sicherheit für Leiharbeiter und eine Störung des Arbeitsmarktes ausgeschlossen werden kann, ohne daß es der Beschränkungen und Kontrollen nach dem AUG bedarf, hat das AUG aber zur vermeidbaren Gefährdung von Arbeitsplätzen, zu unnötigen Erschwerungen eines sinnvollen Personalaustausches und zu unerwünschten rechtlichen Folgen geführt.

Das AUG beschränkt im Interesse einer Vermeidung der Besetzung von Dauerarbeitsplätzen durch Leiharbeiter und zum Schutz des Alleinvermittlungsrechts der Bundesanstalt für Arbeit die Überlassung eines Arbeitnehmers an denselben Entleiher auf drei, in Zukunft auf sechs aufeinanderfolgende Monate.

In den vergangenen Jahren hat sich in einigen Wirtschaftszweigen, so z. B. der Werftindustrie, gezeigt, daß durch die zeitweise Überlassung von Arbeitnehmern eines mit Absatz- oder Produktionschwierigkeiten kämpfenden Unternehmens an ein Unternehmen mit besserer Beschäftigungslage die Entlassung oder die Kurzarbeit von Arbeitnehmern vermieden werden kann. In diesen Fällen führt die Anwendung des AUG zu unpassenden Ergebnissen, weil sie die Dauer der Überlassung des Leiharbeiters an denselben Entleiher beschränkt und die Formalität einer Verleiherlaubnis erfordert.

Allerdings muß sichergestellt sein, daß nicht unter dem Vorwand, Arbeitnehmerüberlassung werde in guter Absicht und zur Vermeidung der Entlassung oder Kurzarbeit von Arbeitnehmern betrieben, in Wahrheit die Schutzvorschriften des AUG umgangen werden. Aus diesem Grund soll die Ausnahmevorschrift nur dann eingreifen, wenn die mit den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen der betroffenen Betriebe und betroffenen Arbeitnehmer besonders vertrauten Tarifvertragsparteien vereinbart haben, daß eine Anwendung des AUG ausgeschlossen ist; unter dieser Voraussetzung kann davon ausgegangen werden, daß der soziale Schutz der Arbeitnehmer und die Ordnung des Arbeitsmarktes nicht gefährdet sind.

Bei der Entsendung und dem Austausch von Arbeitnehmern verschiedener Un-

Entlassungsförderungsgesetz — Nachlese

Im Roten Morgen Nr. 17 vom 26. 4. 1985 hatten wir in unserem Bericht über das sogenannte Beschäftigungsförderungsgesetz bereits darauf hingewiesen, daß uns der endgültige Text noch nicht vorlag.

Unternehmen desselben Konzerns innerhalb des Konzerns ist nur der interne Arbeitsmarkt des Konzerns betroffen, eine soziale Gefährdung der Leiharbeiter ist nicht gegeben. Die Anwendung der Vorschriften des AUG auf diesen Personalaustausch stellt im wesentlichen eine bürokratische Förmlichkeit dar. Die Beschränkung der Überlassungsdauer führt dazu, daß eine sinnvolle Einweisung oder Ausbildung innerhalb des Konzerns unnötig erschwert wird.

Die vorübergehende Arbeitnehmerüberlassung zwischen Konzernunternehmen wird daher in Zukunft von der Anwendung des AUG ausgenommen. Für die Bestimmung des Begriffs des Konzernunternehmens gilt § 128 Abs. 4 Satz 1 Arbeitsförderungsgesetz vorgesehen ist. Danach bilden Unternehmen dann einen Konzern, wenn ein herrschendes und ein oder mehrere abhängige Unternehmen unter der ein-

heitlichen Leitung des herrschenden Unternehmens zusammengefaßt sind. Auch wenn Unternehmen nicht voneinander abhängig sind, bilden sie bei Zusammenfassung unter einheitlicher Leitung einen Konzern.

Damit ist den Konzernen die Verschiebung von Personal zwischen verschiedenen Konzernunternehmen und Standorten über das Bundesgebiet und Westberlin hin und her möglich — je nachdem, wie es mit der Auftragslage gerade aussieht.

Der Bundestagsabgeordnete der Grünen, Udo Tischer, der bei der Debatte die Ablehnung seiner Fraktion begründet hatte, und die anwesenden Kolleginnen und Kollegen, die gegen die Verabschiedung dieses Gesetzes protestierten begrüßt hatte, hat inzwischen ein Schreiben des Direktors des Deutschen Bundestages erhalten, in dem es heißt:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,
am 19. April 1985 stürten vier Besucher, die auf Ihre

Aus der jetzt im Bundesgesetzblatt vom 30. 4. und dem letzten Ausschlußbericht veröffentlichten Tatsachen ergibt sich, daß es noch eine Reihe von Verschärfungen gegeben hat.

Einladung an der Plenarsitzung teilzunehmen, die Sitzung des Bundestages.

Die Polizeivollzugsbeamten in der Hausinspektion haben den Sachverhalt aufgenommen und ihre Verhandlungen der Staatsanwaltschaft übersandt. Die Störer haben mit einem Verfahren nach § 106b StGB, Störung der Tätigkeit eines Gesetzgebungsorgans, zu rechnen. Außerdem hat der Herr Bundestagspräsident gegen die Störer Hausverbot für die Dauer von 3 Jahren verhängt. Der Herr Bundestagspräsident bittet Sie, dafür Sorge zu tragen, daß sich künftig solche Vorfälle nicht wiederholen.

Den betroffenen Kolleginnen und Kollegen ist allerdings von den erwähnten Maßnahmen bisher nichts mitgeteilt worden.

Gesetz ist verfassungsgemäß

Das ist die Schlußfolgerung eines „Gutachtens“, das der

Direktor des Instituts für Staatsrecht an der Universität zu Köln, Prof. Dr. K. H. Friauf für Blum erstattet hat.

In seinem 18-Seiten-Pamphlet finden sich die folgenden Kernsätze, mit denen er diese Meinung begründet, mit denen er Einwände der SPD-Opposition in Bezug auf die Verfassungsmäßigkeit vom Tisch fegt.

Sein Ausgangspunkt ist:

„Wir stehen damit zwei Positionen gegenüber, die beide sozialstaatlich fundiert sind und beide einen bedeutenden Rang besitzen, die aber — das macht den Kern des hier zu behandelnden Problems aus — in einer konkreten wirtschaftlichen Situation durchaus in Konflikt zueinander treten können. Dem Arbeitnehmerschutzrecht als der individualbezogenen Verwirklichung des Sozialstaates auf der einen Seite und der Arbeitsmarktförderung als seiner kollektiven Ausprägung auf der anderen.“ (S. 4)

Dies Auseinanderdividieren zu begreifen, muß man wohl einen Professorentitel haben — sind doch gerade die durch das Gesetz angepeilten Aushöhlungen von Kündigungsschutz, Sozialplanregelungen usw. kollektive Schutz- bzw. Rechtssysteme, die zumindest ansatzweise die Position des einzelnen abhängigen Beschäftigten, der — auch von den Juristen anerkannt — schwächer ist als der jeweilige Unternehmer, durch kollektive, allgemeine Regelungen verbessern soll.

Friauf meint weiter:

„In der nicht aufhebenden Spannung zwischen dem sozialstaatlich gebotenen Arbeitnehmerschutzrecht, das nur den tatsächlich Beschäftigten zugute kommt, und der ebenfalls sozialstaatlich notwendigen Sorge für die Beschäftigung der Arbeitslosen liegt nun das Kernproblem jeder gesetzgeberischen Intervention (Eingriff) in das arbeitsvertragliche Regulationssystem“ (S. 4/5)

Der Kölner Professor sieht es so, daß „die Legislative aus zwei Gründen einen besonders weiten Gestaltungsspielraum für sich in Anspruch nehmen (kann)“

- zum einen aufgrund der Tatsache, daß die Verwirklichung und Konkretisierung sozialstaatlicher Anforderungen primär dem Gesetzgeber aufgegeben ist
- zum anderen im Hinblick auf die nur eingeschränkte Überprüfbarkeit gesetzgeberischer Prognoseentscheidungen, (...) weil es keine rechtsverbindlich vorgegebenen Einzelmaßstäbe für die Verwirklichung des Sozialstaats gibt.“ (S. 7)

Hinzu kommt seiner Meinung nach, daß „der Gesetzgeber bei unsicherer Beurteilungslage dort eher experimentieren darf, wo seine Maßnahmen sich im Falle eines Mißerfolgs später ohne wesentliche Dauerschäden wieder korrigieren lassen.“ (S. 11)

Eine nicht nur für dieses Gesetz, sondern auch weitere Schritte der Wenderegierung wichtige Grundsatzaussage, wird von ihm so formuliert: „Das Sozialstaatsprinzip hat (...) keine sozialpolitische Einbahnstraße in dem Sinne zementiert, daß der Gesetzgeber eine einmal geschaffene soziale Sicherung stets nur verstärken, niemals dagegen eine Umorientierung versuchen dürfte. Wenn es richtig ist, daß der sozialstaatliche Gestaltungsauftrag „den status quo immer neu zur Disposition stellt“, dann kann es dem Gesetzgeber nicht verwehrt sein, auch im Arbeitnehmerschutzrecht nach neuen Wegen zu suchen.“ (S. 13)

Damit ist der Blankoschein für weitere „Experimente“ — sprich Abbau von Elementen der sozialen Sicherung, der kollektiven Schutzsysteme gegeben. Konsequenterweise kommt er dann natürlich zu dem Schluß: „Die auf das Sozialstaatsprinzip gestützten Einwendungen sind unbegründet. Auch die auf den Gleichheitssatz gestützten Einwendungen sind unbegründet.“ (S. 16, 18).

RM-Dokumentation

Auszüge aus dem Beschäftigungsförderungsgesetz

Anpassung der Arbeitszeit an den Arbeitsanfall

(1) Vereinbaren Arbeitgeber und Arbeitnehmer, daß der Arbeitnehmer seine Arbeitsleistung entsprechend dem Arbeitsanfall zu erbringen hat, so muß zugleich eine bestimmte Dauer der Arbeitszeit festgelegt werden; ist eine bestimmte Dauer der Arbeitszeit nicht festgelegt worden, so gilt eine wöchentliche Arbeitszeit von zehn Stunden als vereinbart.

(2) Der Arbeitnehmer ist zur Arbeitsleistung nur verpflichtet, wenn der Arbeitgeber ihm die Lage seiner Arbeitszeit jeweils mindestens vier Tage im voraus mitteilt.

(3) Ist in der Vereinbarung die tägliche Dauer der Arbeitszeit nicht festgelegt, so ist der Arbeitgeber verpflichtet, den Arbeitnehmer jeweils für mindestens drei aufeinanderfolgende Stunden zur Arbeitsleistung in Anspruch zu nehmen.

§ 5

Arbeitsplatzteilung

(1) Vereinbart der Arbeitgeber mit zwei oder mehr Arbeitnehmern, daß diese sich die Arbeitszeit an einem Arbeitsplatz teilen (Arbeitsplatzteilung), so sind bei Ausfall eines Arbeitnehmers die anderen in die Arbeitsplatzteilung einbezogenen Arbeitnehmer zu seiner Vertretung nur auf Grund einer für den einzelnen Vertretungsfall geschlossenen Vereinbarung verpflichtet. Abweichend von Satz 1 kann die Pflicht zur Vertretung auch vorab für den Fall eines dringenden betrieblichen Erfordernisses vereinbart werden; der Arbeitnehmer ist zur Vertretung nur verpflichtet, soweit sie ihm im Einzelfall zumutbar ist.

§ 6

Vorrang des Tarifvertrages

(1) Von den Vorschriften dieses Abschnitts kann auch zugunsten des Arbeitnehmers durch Tarifvertrag abgewichen werden.

(2) Im Geltungsbereich eines Tarifvertrages nach Absatz 1 gelten die abweichenden tarifvertraglichen Bestimmungen zwischen nicht tarifgebundenen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, wenn die Anwendung der für teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer geltenden Bestimmungen des Tarifvertrages zwischen ihnen vereinbart ist. Enthält ein Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst abweichende Bestimmungen nach Absatz 1, so gelten diese Bestimmungen auch zwischen nicht tarifgebundenen Arbeitgebern und Arbeitnehmern außerhalb des öffentlichen Dienstes, wenn die Anwendung der für den öffentlichen Dienst geltenden tarifvertraglichen Bestimmungen zwischen ihnen vereinbart ist und die Arbeitgeber die Kosten des Betriebes überwiegend mit Zuwendungen im Sinne des Haushaltsrechts decken.

(3) Die Kirchen und die öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften können in ihren Regelungen von den Vorschriften dieses Abschnitts abweichen.

Artikel 2 Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes

1. § 112 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 4 wird angefügt:

„(5) Die Einigungsstelle hat bei ihrer Entscheidung nach Absatz 4 sowohl die sozialen Belange der betroffenen Arbeitnehmer zu berücksichtigen als auch auf die wirtschaftliche Vertretbarkeit ihrer Entscheidung für das Unternehmen zu achten. Dabei hat die Einigungsstelle sich im Rahmen billigen Ermessens insbesondere von folgenden Grundsätzen leiten zu lassen:

1. Sie soll beim Ausgleich oder bei der Milderung wirtschaftlicher Nachteile, insbesondere durch Einkommensminderung, Wegfall von Sonderleistungen oder Verlust von Anwartschaften auf betriebliche Altersversorgung, Umzugskosten oder erhöhte Fahrtkosten,

Leistungen vorsehen, die in der Regel den Gegebenheiten des Einzelfalles Rechnung tragen.

(2) Sie hat die Aussichten der betroffenen Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt zu berücksichtigen. Sie soll Arbeitnehmer von Leistungen ausschließen, die in einem zumutbaren Arbeitsverhältnis im selben Betrieb des Unternehmens oder eines zum Konzern gehörenden Unternehmens weiterbeschäftigt werden können und die Weiterbeschäftigung an einem anderen Ort begründet für sich allein nicht die Unzumutbarkeit.

(3) Sie hat bei der Bemessung des Gesamtbetrages der Sozialplanleistungen darauf zu achten, daß der Fortbestand des Unternehmens oder die nach Durchführung der Betriebsänderung verbleibenden Arbeitsplätze nicht gefährdet werden.“

2. Nach § 112 wird eingefügt:

„§ 112a

Erzwingbarer Sozialplan bei Personalabbau, Neugründungen

(1) Besteht eine geplante Betriebsänderung im Sinne von § 111 Satz 2 Nr. 1 allein in der Entlassung von Arbeitnehmern, so findet § 112 Abs. 4 und 5 nur Anwendung, wenn

1. in Betrieben mit in der Regel mehr als 20 und weniger als 60 Arbeitnehmern 20 vom Hundert der regelmäßig beschäftigten Arbeitnehmer, aber mindestens 2 Arbeitnehmer,

2. in Betrieben mit in der Regel mindestens 60 und weniger als 250 Arbeitnehmern 20 vom Hundert der regelmäßig beschäftigten Arbeitnehmer oder mindestens 37 Arbeitnehmer,

3. in Betrieben mit in der Regel mindestens 250 und weniger als 500 Arbeitnehmern 15 vom Hundert der regelmäßig beschäftigten Arbeitnehmer oder mindestens 60 Arbeitnehmer,

4. in Betrieben mit in der Regel mindestens 500 Arbeitnehmern 10 vom Hundert der regelmäßig beschäftigten Arbeitnehmer, mindestens 60 Arbeitnehmer aus betriebsbedingten Gründen entlassen werden sollen. Als Entlassung gilt auch das vom Arbeitgeber aus Gründen der Be-

triebsänderung veranlaßte Ausscheiden von Arbeitnehmern auf Grund von Aufhebungsverträgen.

(2) § 112 Abs. 4 und 5 findet keine Anwendung auf Betriebe eines Unternehmens in den ersten vier Jahren nach seiner Gründung. Dies gilt nicht für Neugründungen im Zusammenhang mit der rechtlichen Umstrukturierung von Unternehmen und Konzernen. Maßgebend für den Zeitpunkt der Gründung ist die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, die nach § 138 der Abgabenordnung dem Finanzamt mitzuteilen ist.“

Artikel 8 Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes

(1) Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz vom 7. August 1972 (BGBl. I S. 1393), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1390), wird wie folgt geändert:

1. Artikel 1 § 1 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 wird der erste Satzteil wie folgt gefaßt:

„Werden Arbeitnehmer Dritten zur Arbeitsleistung überlassen und übernimmt der Überlassende nicht die üblichen Arbeitgeberpflichten oder das Arbeitgeberberrisiko (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 bis 6) oder übersteigt die Dauer der Überlassung im Einzelfall sechs Monate (§ 3 Abs. 1 Nr. 6).“

b) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Dieses Gesetz ist nicht anzuwenden auf die Arbeitnehmerüberlassung

1. zwischen Arbeitgebern desselben Wirtschaftszweiges zur Vermeidung von Kurzarbeit oder Entlassungen, wenn ein für den Entleiher und Verleiher geltender Tarifvertrag dies vorsieht, und

2. zwischen Konzernunternehmen im Sinne des § 18 des Aktiengesetzes, wenn der Arbeitnehmer seine Arbeit vorübergehend nicht bei seinem Arbeitgeber leistet.“

Appell der Belegschaft der Trafo-Union Stuttgart

Siemens in die Verantwortung

Die Belegschaft der Transformatoren Union AG, Standort Stuttgart wendet sich an die Öffentlichkeit, an alle politisch Verantwortlichen, Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Organisationen und Persönlichkeiten in der Bundesrepublik Deutschland.

Am 5. April 1984 gab der Vorstand der Trafo-Union AG (TU) die Absicht bekannt, das Werk in Stuttgart-Bad Cannstatt zu schließen.

Die Trafo-Union gehört zu 75 Prozent der Siemens AG.

Ein Jahr Verhandlungen und neun Einigungsstellen-Termine brachten zutage:

1. Der TU-Vorstand hatte seit zehn Jahren den Auftrag des Siemens-Konzerns, aus den drei TU-Werken zwei zu machen. Dieser Auftrag wurde bis zum 05.04.1984 vor dem Betriebsrat und der Belegschaft geheimgehalten. Ohne wirtschaftliche Notwendigkeit soll jetzt der Standort Stuttgart liquidiert werden.

2. Den hochqualifizierten Fachkräften (durchschnittlich 20 Jahre im Betrieb und

47 Jahre alt) soll nur die Wahl zwischen einer bis zur Abschöpfung ihres Spezialwissens befristeten Beschäftigung an einem anderen Standort und der Arbeitslosigkeit gelassen werden.

3. Durch den Siemens-Vorstand wurde die Öffentlichkeit mit der Lancierung der Meldung von 140 Millionen Bilanzverlusten der TU über die tatsächliche Finanzlage des Unternehmens absichtlich irreführt. Dabei wurde verheimlicht, wieviel Steuern der Konzern bei seinen hausgemachten „Verlusten“ spart.

4. Beim Wirtschaftsminister von Baden-Württemberg wurde über die tatsächlichen Gründe von Mehrarbeit, Beschäftigung von Leiharbeitern, Einführung von Dreischicht-Betrieben u.a., im zur Schließung vorgesehenen Werk Stuttgart, von den Firmenvertretern nachweislich die Unwahrheit behauptet.

5. Die Behauptung, der Stilllegungsbeschluß sei das Ergebnis der gründlichen Analyse einer von Siemens dafür eingesetzten Kommission, ist eine glatte Lüge.

Diese Kommission hatte ausschließlich den Auftrag, zu untersuchen, wie das Werk am effektivsten geschlossen werden kann.

Bei allen vom Betriebsrat verlangten Untersuchungen über die Notwendigkeit der Schließung des Werkes wurde festgestellt, daß die ausgedienten Unterlagen erst nachträglich produziert wurden.

7. Um vor der Öffentlichkeit die tatsächliche Beschäftigungssituation in der TU zu verschleiern, mußte die Geschäftsleitung lange Zeit den Betriebsrat mit fingierten Personalanforderungen beim Arbeitsamt hinters Licht führen.

8. Zynisch setzt sich die Siemens-Konzernleitung über die Belange der Belegschaft in Stuttgart hinweg, indem sie der örtlichen Geschäftsleitung verbietet, an Betriebsversammlungen teilzunehmen. Damit wird die Informationspflicht größtenteils verletzt.

9. Verantwortungslos haben sich die Vertreter des Siemens-Vorstandes seit einem Jahr ihrer Verpflichtung ent-

zogen, Auskünfte gegenüber der von ihren Ansichten betroffenen Belegschaft zu geben und diese dabei mehrfach grob und vorsätzlich getäuscht.

10. Einfachste Regeln des menschlichen Anstandes für die Beantwortung eines offiziellen Schreibens wurden vom Siemens-Vorstand in einer Weise mißachtet, die nur als Beleidigung der gesamten Belegschaft anzusehen ist.

Die Belegschaft der Trafo-Union in Stuttgart braucht Unterstützung!

Der reichste Konzern der Bundesrepublik mit 19,5 Milliarden flüssigen Mitteln darf Menschen nicht unzumutbare Belastungen aufbürden oder sie in die Arbeitslosigkeit treiben. Er hat genügend Geld, um auf zusätzliche Gewinne aus der Werkschließung in Stuttgart verzichten zu können; Siemens kann die Arbeitsplätze in Stuttgart erhalten.

Die Existenz von vielen Familien darf durch ein solches Vorhaben nicht aufs Spiel gesetzt werden. Ein Stadtteil wie Stuttgart-Bad Cannstatt, mit einem Arbeitsplatzrückgang von über 50 Prozent darf nicht noch weiter ausbluten. Dadurch würden viele weitere Existenzen gefährdet.

Wer Menschen mit der Arbeit und mit den Maschinen „verlagern“ möchte, kann — wenn er nur will —

Der Kampf um Trafo-Union

Seit über einem Jahr geht die Auseinandersetzung um die Schließung des Werkes der Transformatoren-Union (Siemens-Tochter) in Stuttgart-Bad Cannstatt. Am Freitag letzter Woche sollten die ersten vier Wickelmaschinen abgebaut werden — die Belegschaft der Nachtschicht hat das durch ihre Aktion erst einmal verhindert, die Zusage errungen, der Abbau würde verschoben, neue Verhandlungen würden angesetzt. Das ist der bisherige Höhepunkt in der Auseinandersetzung mit Siemens über die Werkschließung (der RM hatte unter anderem über den Besuch einer TU-Delegation auf der Gesamtbetriebsratssitzung von Siemens in München berichtet). Wir dokumentieren auf dieser Seite diese Auseinandersetzung mit der Wiedergabe des Appells der TU-Belegschaft und Ausschnitten aus der Broschüre „Trafo-Union Cannstatt muß leben“, die der IGM-Vertrauenskörper des Betriebes herausgegeben hat, die am 1. Mai erschien.

auch alles am bisherigen Standort lassen.

Es kann nicht zugelassen werden, daß Siemens mit seiner Geschäftspolitik Arbeitsplätze gefährdet, den Austausch von PCB-Transformatoren, welcher Arbeitsplätze sichern würde und zum Umweltschutz dringend

notwendig ist, aber selbst verzögert.

Es darf in unserm Land angesichts von Millionen Arbeitslosen nicht mehr möglich sein, daß die Eigentumsverpflichtung aus unserem Grundgesetz für einen so reichen Konzern wie Siemens noch länger außer Kraft bleibt.

TU Cannstatt muß leben!

Dieser Appell wurde auf der Betriebsversammlung am 29.4.1985 einstimmig von der Belegschaft des Cann-

statter Werkes beschlossen.

Betriebsrat Trafo-Union
Werk Bad Cannstatt

Ein Mann weiß nicht wohin mit seinem Geld. Sein Name: Karlheinz Kasko. Sein Beruf: Vorstandsvorsitzender der Siemens AG. Über 16,6 Mrd. DM flüssigen Geldes gebietet der Konzernchef derzeit — 5,5 Mrd. mehr als noch im vorangegangenen Jahr. Doch auch die Reichen — wir kennen das aus Dallas und Denver — haben ihre Probleme. Kaskos Problem: Ihm ist eine „vernünftige Verwendung“ der riesigen Geldbestände des Konzerns „bisher noch nicht vor die Flinte gekommen“. (Stuttgarter Nachrichten v. 1.2.84)

Soweit die Sorgen von Herrn Kasko. Ganz andere Sorgen bewegen die 1050 Arbeiter und Angestellten der Transformatoren-Union (TU) in Bad Cannstatt. Ende 1985 soll das Werk dichtgemacht werden. Die Arbeitsplätze einer hochqualifizierten Belegschaft, deren Durchschnittsalter bei über 45 Jahren liegt, sind in höchster Gefahr. Die Unruhe unter den Beschäftigten ist groß, und sie ist nur zu verständlich: denn welche Einstellungschancen hat heute schon ein 50jähriger, arbeitsloser Facharbeiter? Der Vorstand der TU versucht die Empörung aufzufangen: für 750 Mitarbeiter bietet er Arbeitsplätze in den TU-Standorten Kirchheim/Teck und Nürnberg (!) an. Betriebsratsvorsitzender Heinz Hummler ist freilich überzeugt, daß ein großer Teil der Belegschaft diese Arbeitsplätze nicht annehmen können wird: „Viele haben hier in der Gegend ein Häusle, das sie sich schwer erarbeitet und oft noch nicht ganz bezahlt haben. Ein täglicher Arbeitsweg nach Kirchheim ist da-

Siemens kassiert — TU krepirt!?

Der im folgenden abgedruckte Artikel stammt aus der Broschüre des IGM-Vertrauenskörpers von TU und gibt

einige Eindrücke über den bisherigen Verlauf der Auseinandersetzung.

nicht drin, von Nürnberg ganz zu schweigen.“ Die Stuttgarter IG Metall vermutet in einem Flugblatt, die Unternehmensleitung spekuliere sogar regelrecht darauf, daß viele Arbeitnehmer auf das Angebot nicht eingehen könnten. Ihre Folgerung: „Diese feilgebotenen Plätze sind Scheinangebote!“

Was aber hat all das mit Herrn Kasko zu tun? Nun, nicht mehr und nicht weniger, als daß er für die drohende berufliche Existenzvernichtung der Cannstatter Trafo-Leute verantwortlich ist. Seit Mitte der 70er Jahre nämlich besitzt Siemens 75 Prozent der TU-Aktien. Was mit den Transformatorenbauern passiert, wird in der Münchner Konzernzentrale bestimmt. Nach der Oggersheimer Klippeschulformel „Höhere Erträge = mehr Arbeitsplätze“ müßte man freilich diesen Umstand freudig begrüßen. Gerade der außergewöhnlich liquide Siemens-Konzern, der seinen Gewinn letztes Jahr um satte 17,8 Prozent steigern konnte, wäre demnach ja ein felsenfester Garant für sichere Arbeitsplätze. Daß man damit indes einem Trugschluß aufsitze, beweist die Vernichtung von rund 10000 Arbeitsplätzen durch Siemens im vergangenen Jahr.

Und jetzt also die Trafo-Union! Was für viele TU-Arbeiter und ihre Familien eine Zerstörung von Lebensplänen bedeutet, liest sich in der



nüchternen Sprache der Sachzwangsideologen so: Die „Absatzerwartungen“ sind „langfristig ungünstig“, „der Bedarf an Transformatoren“ wird „nur noch wenig wachsen“; „weltweit bestehen erhebliche Überkapazitäten“. So argumentiert die Betriebsleitung. Der Betriebsrat hingegen verweist darauf, daß derzeit in Baden-Württemberg 5000, im ganzen Bundesgebiet rund 50000 Transformatoren im Einsatz sind, die — weil sie mit PCB-haltigen Mitteln gefüllt sind — durch neue Geräte ersetzt werden müßten. PCB gehört zu den gefährlichsten Umweltschadstoffen. Bei seiner Verbrennung in Müllverbrennungsanlagen können Dioxin-Gifte entstehen, wie sie bei der Katastrophe von Seveso aufgetreten sind. Ein Bedarf an umweltfreundlichen Transformatoren wäre also da; ihre Produktion würde die Kapazitäten bei

TU auf Jahre hinaus auslasten. Dieser Bedarf wird von der Landesregierung in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage des Landtagsabgeordneten Precht (SPD) bestätigt. Sie erklärte am 6.3.84, daß ihrer Auffassung nach „durch gesetzliche Regelungen die Verwendung von PCB allgemein zu verbieten ist und auf längere Sicht der Austausch PCB-gefüllter Geräte gegen andere erfolgen muß“. Eine „kurzfristige Lösung des Problems durch vollständiges Beseitigen der betroffenen Geräte“ sei aber — und jetzt kommt der Knalleffekt! — „wegen derzeit noch bestehender Kapazitätsengpässen nicht erreichbar“. Einen Monat später kündigte Siemens die Schließung der Cannstatter TU wegen Überkapazitäten an. Angesichts dieser Situation hat der Betriebsrat Stuttgarts Oberbürgermeister Rommel in einem Brief

aufgefordert, „im politischen Bereich darauf hinzuweisen, daß schnellstens eine Umtauschaktion von alten PCB-Trafos gegen gefahrlose Geafol-Trafos eingeleitet wird. Die Sicherheit unserer Umwelt, was gleichzeitig Sicherheit für unsere Arbeitsplätze bedeuten könnte, muß einen höheren Stellenwert haben als die Gewinnbestrebungen von Unternehmen“. Rommels Antwort indes war enttäuschend. Ohne auf die konkreten Anregungen des Betriebsrates auch nur einzugehen, erklärte er, er habe sich den Argumenten der Betriebsleitung („Überkapazitäten“, „schlechte Ertragslage“) „nicht verschließen“ können. Daraufhin vermittelten die Trafo-Beschäftigten dem OB ihre Sorgen „hautnah“. Zu einem Gesprächstermin zwischen Rommel und dem Betriebsrat zogen am 19.5. über 300 TU-Kollegen vor das Rat-

haus, um ihren Vertretern den Rücken zu stärken. Ihnen gelang es auch, nachdem sie mit lautstarken Sprechchören ins Rathaus hinein bis vor Rommels Tür gezogen waren, das Stadtoberhaupt zu einer öffentlichen Erklärung vor den versammelten Belegschaftsmitgliedern zu veranlassen. Dabei versicherte Rommel, er habe viele neue Informationen erhalten, aufgrund derer er nun doch an den TU-Vorstand appellieren wolle, den Standort Cannstatt zu erhalten.

Auch wenn dieser Schwenk von vielen Anwesenden begrüßt wurde, wurde Skepsis laut, ob solche Appelle allein die Herren von Siemens zum Umdenken bewegen werden. Der Betriebsrat meint, es führe kein Weg daran vorbei, die bisherigen Aktionen — am 15.5. hatte die gesamte Belegschaft für zwei Stunden die „Brocken hingeschmissen“ — noch konsequenter weiterzuführen. Die Belegschaft berät daher, was weiter zu tun ist. Und sie unterstützt den Streik für die 35-Stunden-Woche in dem Bewußtsein, daß deren Einführung auch bei TU zur Sicherung von Arbeitsplätzen beitragen würde.

Bezahlbar wäre sie schließlich allemal. „Mit seinen Milliarden könnte Siemens die 35-Stunden-Woche zehnmal rauf- und runterfinanzieren“, meint Betriebsratsvorsitzender Hummler.

In den Augen von Herrn Kasko dürfte dies freilich das letzte sein, was ihm an „vernünftiger Verwendung“ der Siemens-Profite vorschwebt.

re

Wie weiter im Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit?

Am 18./19. Mai findet in Frankfurt ein Treffen des „Frankfurter Appell“ statt, auf dem über die weiteren Perspektiven des Kampfes gegen die Ausländerfeindlichkeit beraten werden soll. Wir veröffentlichen im folgenden Auszüge aus den drei Diskussionspapieren, die bisher vorliegen: ein Papier der KPD, das bereits unmittelbar nach dem „Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik“ vorgelegt wurde, ein Papier der Volksfront und ein Papier eines Unterstützungskreises. Über den weiteren Gang der Diskussion werden wir in den nächsten Ausgaben des RM berichten.

KPD

(...) Wir stehen nun alle gemeinsam vor der Aufgabe, die positiven Errungenschaften, die uns der Marsch gebracht hat, zu bewahren und auszubauen. Dazu gehört:

- an den Orten darauf hinzuwirken, daß die im Zuge der Marschvorbereitung entstandenen oder gestärkten Bündnisse bestehen bleiben und weiter den Widerstand gegen die Bonner Ausländerpolitik (und andere Aspekte der Ausländerfeindlichkeit) organisieren.

- an den Orten die Bestrebungen zu fördern, sich in die bundesweite Bewegung einzubinden, und das heißt auch, den Koordinationsausschuß des Frankfurter Appells zu stärken, dort teilzunehmen...

Zimmermann hat die Verabschiedung eines neuen Ausländergesetzes in seinem Sinne im Herbst nicht durchgesetzt. In der Frage des Familiennachzuges sprachen manche schon von einer „schweren Niederlage“ Zimmermanns bzw. der hinter ihm stehenden Kräfte. Aber die Frage des Nachzuges ist zwar eine wichtige, nicht jedoch die Kernfrage der reaktionären Pläne (zudem gibt es auch noch andere Möglichkeiten, den Kindernachzug doch zu beschränken). Und die Bundesregierung hat mittlerweile wiederholt, auch im Bundestag, erklärt, daß sie bald ein neues Ausländergesetz vorlegen und durchsetzen will, und das wird die Kernpunkte der „Zimmermann-Papiere“ enthalten.

Deshalb bleibt der Widerstand notwendig. Bleibt es für alle Demokraten notwendig, diesem wichtigen Bestandteil der Bonner Wende-Politik gemeinsam entgegenzutreten. Was not tut, ist eine Art Bürgerrechtsbewegung, um dem Motto des Marsches — „Gleiche Rechte für Deutsche und Ausländer“ — bundesweit Nachdruck zu verleihen, Geltung zu verschaffen.

In diesem Zusammenhang würden wir es begrüßen, wenn die Grünen mehr dafür tun würden, ihren Gesetzentwurf zum Niederlassungsrecht offensiver in der Öffentlichkeit zu vertreten, anhand der von ihnen aufgestellten Forderungen auch überall eine Politik zu entwickeln. Wir sagten das trotz unserer begründeten Kritik an den Halbherzigkeiten des Gesetzentwurfs, der sich unter anderem immer noch nicht von der Vorstellung gelöst hat, die Ausländer müßten Vorleistungen erbringen, um Rechte zu bekommen, der unsinnige Fristen festsetzt usw. Allein die Verfestigung der allgemeinen Vorstellung von der Notwendigkeit eines Niederlassungsrechts wäre ein Fortschritt. Auch die Durchsetzung dieses Entwurfs wäre natürlich ein Fortschritt. Konsequenter wäre allerdings unserer Meinung nach die

Zuerkennung einer doppelten Staatsbürgerschaft.

Gleiche Rechte für Ausländer und Deutsche — der Kampf darum entwickelt sich wohl am besten um konkrete Ansätze. Und einer drängt sich dabei geradezu auf: Kommunales Wahlrecht für Ausländer.

Wir meinen, daß zumindest in den Bundesländern, in denen demnächst Kommunal- oder Landtagswahlen anstehen, unter dieser Forderung Kampagnen durchzuführen sind, die vom gesamten Koordinationsausschuß bzw. den dort zusammenkommenden Organisationen und Verbänden unterstützt werden sollten. In NRW wird hoffentlich der Verband der Initiativen in der Ausländerarbeit seine begonnene Kampagne zu den Landtagswahlen fortsetzen, in die sich möglichst viele Kräfte einbringen sollten. Ähnliches dürfte in anderen Bundesländern möglich sein.

Darüber hinaus könnten solche Kampagnen durchaus bundesweit durch die Arbeit engagierter Initiativen oder Persönlichkeiten öffentlichkeitswirksam begleitet und unterstützt werden. Möglicher Bestandteil einer bundesweiten Bürgerrechtsbewegung.

Im übrigen hat die Erfahrung gezeigt, daß das Bemühen um einen verstärkten politischen Widerstand, um Aktionen in diesem Sinne der Arbeit der zahlreichen Ausländervereine, der Initiativen, die hauptsächlich auf verschiedene Weise in „Betreuungsarbeit“ engagiert sind usw. keineswegs entgegensteht. Diese Arbeit, zum Beispiel auch der Einsatz für die Wahrnehmung des Anspruchs auf Aufenthaltsberechtigung als eine wichtige Angelegenheit, die erfreulicherweise gerade zur Zeit an verschiedenen Orten neuen Aufschwung bekommt, wird dadurch in keiner Weise behindert. Und tatsächlich ist es so, daß das Bedürfnis, der gesamten reaktionären Ausländerpolitik und erst recht den geplanten weiteren Verschärfungen, auch unter den Mitgliedern der angesprochenen Initiativen und Vereine wächst, eine Tatsache, die es zu fördern gilt.

Wir sollten von Frankfurt aus versuchen, in diese Richtung Zeichen zu setzen — schließlich kommen wir aus dem gesamten Bundesgebiet hier zusammen. Wir möchten an dieser Stelle noch einmal die zentrale Bedeutung betonen, die dem verstärkten Einsatz der Gewerkschaften für die Gleichberechtigung zukommt. Denn das „Ausländerproblem“ ist in erster Linie ein Arbeiterproblem, und aus den Betrieben und Gewerkschaften muß die Hauptkraft des Widerstandes kommen, wenn er überhaupt erfolgreich sein soll. Hier hat der Marsch etwas in Bewegung gesetzt, das darf niemand aufhalten.

Für die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)
Dietrich Lohse

Volksfront

Die Bundesregierung zeigt keine Eile, den Entwurf eines neuen Ausländergesetzes, den das Innenministerium angeblich schon fertig hat, auf den Tisch zu legen. Warum?

Das Ziel, Ausländer zu vertreiben, konnte 1984 auch ohne ein neues Ausländergesetz erreicht werden. Die Zahl der türkischen Staatsangehörigen sank um 127 000 (Sept. 1983 bis Sept. 1984) d. h. um 8 Prozent. Vor allem durch die vorzeitige Auszahlung der Rentenversicherungsbeiträge. Außerdem verschärfen schon im Vorfeld einer Änderung Bundesländer und Kommunen die Anwendung des bestehenden Ausländergesetzes. Auch der schwache Vorstoß der Hessischen Landesregierung konnte bisher durch die Visumpflicht und die Weigerung verschiedener Ausländerbehörden ihn anzuwenden, in Grenzen gehalten werden.

Unter diesen Umständen hat die Atempause für die Bundesregierung zwei Vorteile.

träglich ist, Deutsche zu werden, sollten auch nicht auf Dauer hierbleiben.“ (Vereinigung der hess. Unternehmerverbände schon am 30. 9. 82. Ende 1984 wiederholten sie das!) Im Oktober 1984 veröffentlichte das Biedenkopf-Institut ein Buch von Meinhard Miegel, in dem es heißt: „Ausländer aus Nicht-EG-Staaten, die innerhalb eines bestimmten Zeitraums nicht eingebürgert und integriert werden wollen, sollten veranlaßt werden, die BRD zu verlassen.“

Der Vorschlag des BMI vom 16. 9. 1983 bringt die Einbürgerung nur als Voraussetzung für Ausländer der 2. Generation ins Spiel, einen Partner aus dem Heimatland zu heiraten. Bei der Beantwortung der Großen Anfrage der SPD ein Jahr später und in der Bundestagsdebatte vom 5. 10. 84 zeichnete sich aber ab, daß die Frage der Einbürgerung verstärkt gestellt wird. Die Einbürgerung soll nicht ein Instrument zur Förderung der Integration sein, sondern vielmehr am Ende eines gelungenen Integrationsprozesses stehen.“ (Antwort der Bundesregierung S. 14) Für die schon länger hier



1. Die CDU kann nur zusammen mit der FDP regieren. Die FDP wird aber nur dann die nächste Bundestagswahl überleben, wenn sie sich als „liberale“ Partei verkaufen kann. Deswegen läßt die CDU ihr zunächst den „Sieg über Zimmermann“, der die geplante Einschränkung beim Kindernachzug zurückziehen mußte (vorübergehend). Die FDP braucht das Image, „Korrektiv“ zur CDU zu sein. Würde der Entwurf vorgelegt, würde das zu Streitereien führen, die z. Zt. nicht notwendig sind. Die FAZ kommentierte: „Die Sache stockt, wegen Empfindlichkeiten in der Koalition.“ (22. 1. 85) Außerdem würde ein Entwurf auch starke Kräfte innerhalb der CDU, die mit der Kirche verbunden sind, auf den Plan rufen, die nicht nur gegen die Begrenzung des Kindernachzugs sind, sondern gegen die Begrenzungen beim Ehegattennachzug, gegen Abschiebung bei Sozialhilfebezug und Arbeitslosigkeit, gegen Ausweisung von hier geborenen Ausländern bei Kriminalität usw.

2. Mehr und mehr wird die Lösung des „Ausländerproblems“ von einflussreichen Kreisen des Kapitals auf die Frage der Einbürgerung zugespitzt. „Solche, für die es uner-

lebenden bzw. hier aufgewachsenen Ausländer „gibt es als Alternative zu einer etwaigen freiwilligen Rückkehr vernünftigerweise nur die Integration.“ (S. 3) Integration (d. H. letztlich Einbürgerung) oder Rückkehr, so stellt sich die Frage. „Wir können nicht auf Dauer eine Bevölkerungsgruppe von Ausländern der zweiten und dritten Generation bei uns haben, die sich nicht voll integrieren will und die unseren Staat und unserem Volk die volle Loyalität verweigert.“ (Olderog, CDU-MdB im Bundestag, 5. 10. 84)

Solche einschneidenden Änderungen vorzubereiten, braucht noch Zeit...

Nach wie vor ist der Frankfurter Appell notwendig. Als außerparlamentarischer Motor für die völlige Gleichberechtigung von Deutschen mit Ausländern. Dieses Ziel dürfen wir uns nicht für eine Liberalisierung des bestehenden Ausländergesetzes abkaufen lassen...

Wir stellen fest, daß nach wie vor die SPD-Führung sowie der DGB-Bundesvorstand die BRD nicht als Einwanderungsland anerkennt. Zuletzt in den Leitlinien der SPD-Innenminister für ein neues Ausländergesetz (Febr. 1985). Das entspricht dem Standpunkt des Fi-

nanzkapitals. Der Frankfurter Appell darf sich nicht von politischen Überlegungen abhängig machen, eine Liberalisierung des Ausländergesetzes in Verhandlungen mit der CDU zu erreichen, wie es Frau Däubler-Gmelin für die SPD angeboten hat. Entsprechend kompromißgeladen sind die Liberalisierungsvorschläge. Entsprechend uninteressiert ist man an außerparlamentarischen Aktionen.

Wir sehen eine große Koalition zwischen CDU und SPD in der Verweigerung des kommunalen Wahlrechts (siehe Hamburg, Berlin usw.) Es drängt sich auch der Verdacht auf, daß die Liberalisierung des Ausländerwahlrechts nur betrieben wird, um den „sozialen Frieden“ d. h. die reibungslose Verwertung der Arbeitskräfte zu erhalten. Mit diesem Argument versuchen die Spitzen der SPD auch die skeptischen Unternehmer von der Nützlichkeit ihrer liberalen Ausländerpolitik zu überzeugen...

Der Frankfurter Appell fördert alle Bestrebungen, die die Gleichstellung von Ausländern und Deutschen voranbringen.

Abgesehen von der Notwendigkeit über bundesweite Aktivitäten gegen die geplante Verschärfung des Asylverfahrensgesetzes nachzudenken, greifen die Organisationen und Initiativen des Frankfurter Appells hauptsächlich örtliche bzw. landesweite Ziele auf. Sie kämpfen für die Einführung des kommunalen Wahlrechts in ihrem Bundesland, oder für einen gewählten Ausländerbeirat. Sie setzen sich gegen Abschiebungen zur Wehr, kämpfen für Aufklärungs- und Aufenthaltsberechtigungen und gegen Behördenwillkür. Sie nehmen die Lage der Asylbewerber aufs Korn.

Der Frankfurter Appell wird seine Ausstrahlungskraft erhöhen, wenn er zum Diskussionsforum für alle diese Bestrebungen wird. Wir werden von einander lernen können und besser lokale bzw. regionale Aktivitäten planen können.

Wir schlagen deshalb vor, daß auf den Sitzungen des Ko-Ausschusses verschiedene Themen vorbereitet diskutiert und dazu auch Vertreter von Parteien, Ausländerorganisationen, Gewerkschaften, Kirchen usw. eingeladen werden. Wir denken dabei an Themen wie:

Niederlassungsgesetz: Wie sind die Vorstellungen von SPD und Grünen über Alternativen zum jetzigen Ausländergesetz. Es wäre ein Fortschritt, wenn verstärkt über ein Niederlassungsgesetz diskutiert würde.

Kommunales Wahlrecht: In Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Berlin, Hessen usw. gab und gibt es Initiativen für ein Kommunales Wahlrecht. Einladung von Initiativen und Parteien, die dieses Ziel anstreben. Erfahrungsaustausch.

Ausländerbeiräte: Neue gewählte Ausländerbeiräte entstehen. Und neue Initiativen dafür. Wir denken, daß gewählte Ausländerbeiräte eingerichtet werden sollten, um das Gewicht der ausl. Arbeiter in den Kommunen zu erhöhen und dem Kampf für die pol. Gleichberechtigung weiterzubringen. Einladung von Ausländerbeiräten, Vertretern von Initiativen, Ausländervereinen usw.

Einbürgerung: Was heißt Erleichterung der Einbürgerung, Diskussion über doppelte Staatsbürgerschaft usw. Asylrecht, Verfestigung des Aufenthalts — Ausweisungen, usw.

Der Frankfurter Appell kann sich nicht auf die Forderung nach gleichen Rechten beschränken. Er muß auch sorgfältig über die Schritte diskutieren, die dahin führen. Bundesvorstand
Dortmund, 20. 4. 1985

Unterstützerkreis

... 1. Wir brauchen eine politische Forderung, die uns aus unserer derzeitigen Defensive in eine politische Offensive bringt. Bis dato haben wir zwar in der Debatte untereinander eine Vielzahl von Ansätzen entwickelt, für eine „konkrete Utopie“ einer gleichberechtigten, multikulturellen Gesellschaft. In unserem politischen Alltag sind wir jedoch immer öfter dazu gezwungen, zu re-agieren: auf den Abschiebefall x, die Zustände in der Ausländerbehörde y, die neofaschistische Aktion z und all die Verschärfungspläne von vielen „Zimmermännern“ im Lande. Es muß uns gelingen, diese wichtige, notwendige Tagesarbeit in eine offensive und vorwärtsreibende — in eine alternative Richtung zu bringen, und dabei eine klare Zielsetzung zu vermitteln.

2. Wir glauben, daß auf Grundlage all der vorher genannten Inhalte ein möglichst breites Bündnis von Aktiven zustande kommen muß und kann. Dies gilt insbesondere, da die oftmals kleinen, immer unter Geld- und Personalmangel leidenden örtlichen Initiativen und Bündnisse, die dennoch die eigentlichen Träger der Arbeit darstellen, auf Zusammenarbeit angewiesen sind.

In diesem Sinne machen wir nun folgenden Vorschlag: Alle Organisationen, Verbände und Initiativen, Gewerkschaftsstrukturen und kirchliche Kreise mögen die im folgenden ausgeführte Idee diskutieren und ihre Haltung dazu in eine gemeinsame Diskussion einbringen:

• Im Spätherbst 1985 soll in Frankfurt eine große ausländerpolitische Konferenz durchgeführt werden. Getragen werden soll diese Konferenz von allen in der ausländerpolitischen Arbeit Aktiven. In ihrem Mittelpunkt sollte die gemeinsame Auseinandersetzung über ein Konzept zu einer ab Frühjahr 1986 bis zu den Bundestagswahlen stattfindenden, also sehr langfristig angelegten Kampagne, stehen. Unserer Meinung nach sollte diese Kampagne unter dem Motto „Bürgerrechte für Ausländerinnen und Ausländer“ (Arbeitstitel) entwickelt werden und als einen zentralen Bestandteil, die Einführung des durch die Grünen übernommenen „Niederlassungsrechtes“ fordern.

Obwohl dieser Entwurf seit etwa einem Jahr vorliegt und er auch breite Zustimmung gefunden hat, hat bisher niemand die Initiative zur Diskussion einer gemeinsamen Durchsetzungsstrategie ergriffen. Auch die Forderung des „Frankfurter Appells“: „Gleiche Rechte für Ausländer und Deutsche!“ hat gerade durch und mit der Aktion im letzten Herbst, insbesondere was die regionale und örtliche Unterstützung betraf, breite Zustimmung gefunden.

Es gilt diese Forderung zu konkretisieren und über systematische öffentliche Diskussionen und Aktivitäten, eine aktive und bewußtseinsbildende Gegenöffentlichkeit zur bisherigen Ausländerpolitik aufzubauen.

• Notwendige Voraussetzung für eine derartige Initiative ist es, daß darüber eine ausführliche Diskussion stattfindet, so daß dieses Vorhaben wirklich ernsthaft von einem großen Spektrum der Aktiven getragen und gewollt wird. Eine Diskussionsphase bis zum Spätherbst dürfte dafür ausreichend sein. Dann gälte es erst über dieses Projekt, seine inhaltliche Ausrichtung, konkrete Vorschläge für ein entsprechendes Konzept und dazu notwendige Strukturen der Zusammenarbeit zu diskutieren und gemeinsam zu entscheiden. Deshalb die gemeinsame Konferenz in Frankfurt!...

FAP-Aufmarsch verhindert

Bericht aus Dortmund



300 Antifaschisten unterbanden am 11. Mai den Versuch der faschistischen „Freien Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP), im Dortmunder Norden eine Kundgebung zur Landtagswahl durchzuführen.

An die 100 Nazis aus Dortmund, Duisburg, Hagen und Aachen hatten sich am frühen Nachmittag in Dortmund eingefunden. Dabei die berüchtigten Schläger der „Borussenfront“ und anderer Gruppen, die inzwischen in der FAP aufgegangen sind oder sie un-

terstützen. Der „neue legale Arm der Bewegung“ (Michael Kühnen), die Nachfolgeorganisation der verbotenen ANS, wollte im Zuge des von den Nazis proklamierten „Kampfes um die Straße“ zeigen, daß sie im Dortmunder Norden „die Straße“ bereits erobert haben. Dort gehört Terror vor allem gegen ausländische Mitbürger zum Alltag.

Dieser Versuch mißlang gründlich. Nach einigen auch handgreiflichen Auseinandersetzungen am Rande — die Polizei nahm dabei

Antifaschisten fest — zogen sich die Nazis ins FAP-Zentrum im Hinterhof der Schlosserstraße 84 zurück. Gruppen von zehn bis zwanzig Mann versuchten vor der Einfahrt wiederholt, durch Hitler-Gruß und Drohen mit Waffen (Knüppel und Pistolen) die Antifaschisten zu provozieren.

Dadurch handelten sie sich unter anderem eine Strafanzeige ein, die der Grünen-Stadtrat Hücking bei der Polizei anmeldete. Wir hoffen, sie mit Fotos stützen zu können.

Die massiv aufgelaufene Polizei, die zwischenzeitlich auch überlegt hatte, den von Antifaschisten besetzten Hoesch-Platz für die Nazis zu räumen, entschloß sich schließlich zu einer anderen Maßnahme. Sie organisierte einen Bus und ließ die Nazis wegtransportieren.

Ein Erfolg der Antifaschisten. Allerdings randalierten am Abend noch zurückgekommene Faschisten in der Nordstadt und überfielen, soweit bekannt, einen politischen Verein.

Der Kampf gegen den täglichen Terror, für politische Maßnahmen gegen die Faschisten — das Verbot der FAP ist eine Forderung — für die Einheit aller Nazi-Gegner, geht weiter.

„Nazis raus aus Nesselwang!“

Fortsetzung von Seite 1

Dieser Kronenwirt muß sich nun nicht wundern, daß sein Hotel an diesem herrlichen Frühlingstag zur Zielscheibe und zum Brennpunkt der Antifaschisten wird. Nachdem es der Nesselwanger Bevölkerung und an ihrer Spitze dem Gemeinderat nicht gelungen ist, diesem Nazi-Treiben ein Ende zu setzen, kann auch sie sich nicht beschweren, daß ca. 5000 Demonstranten, aufgerufen vom DGB und anderen Organisationen (SPD, Grüne, DKP, VVN, Friedensinitiativen) die Fremdenverkehrsruhe stören, um die Vertreibung der Nazi in die eigenen Hände zu nehmen.

Auch der Staat, die Gerichte und die Polizei hatten wie üblich keine Handhabe, das Treffen dieser Verbände zu verbieten. Schließlich ist die HIAG ein gemeinnütziger Verein und unterliegt auch nicht mehr der Beobachtung durch den

Verfassungsschutz. Der Kampf gegen den alten und neuen Faschismus muß in die eigenen Hände genommen werden. Und Nesselwang war ein gutes Zeichen.

Von Anfang an wurde die „Krone“, die von der Polizei in eine Art Festung verwandelt worden war und in deren Hinterzimmer die SS-ler tagten, unter Beschuß genommen. Auch der Einsatz von zwei Wasserwerfern und CN-Gas-Reizspray konnte nicht verhindern, daß der berechtigte Zorn der Antifaschisten zum Ausdruck kam. Immer mehr Teilnehmer der etwas außerhalb stattfindenden Hauptkundgebung stürmten zur Krone, füllten die engen Straßen und trotzten den Wasserangriffen. Wahrscheinlich auch durch Anwesenheit der internationalen Presse und des Fernsehens war es der Polizei nicht möglich, im „Großeinsatz“ gegen die Massen der Antifaschisten vorzugehen.

Erst mit Beginn des offiziellen Demonstrationzuges beruhigte sich die Situation. Es kam zu vielen Diskussionen unter den Kundgebungsteilnehmern über das Vorgehen der Militanten. Eine so ablehnende Haltung, wie sie der DGB kundtat, der der Polizei „ein gerüttelt Maß an Schuld an der Eskalation der Gewalt“ gab, weil sie zu spät (!) eingeschritten sei, zeigte sich jedoch selten.

Übrigens — Neonazis waren anwesend, trauten sich aber nicht, sich irgendwie in Szene zu setzen. Und die SS-ler? Die wollen nach eigenen Aussagen das nächste Mal in Österreich tagen, weil es dort sicherlich keine „Probleme“ gibt. Manche Stadt wird es sich jedoch in Zukunft besser überlegen, ob es sich wirklich rentiert, die immer noch aktiven Mitglieder der ehemaligen Verbrecherorganisation SS in ihren Mauern gastfreundlich aufzunehmen.

Der fürchterliche Ruf der „Totenköpfe“

Blutspur der SS-Elitedivision zieht quer durch Europa

Die Stammmannschaft der Totenkopf-Division bildeten rund 6500 Angehörige der SS-Totenkopfverbände, die bis zu ihrer Versetzung zur Division im Oktober 1939 die KZ-Wachmannschaften stellten. Diese Totenkopfverbände waren 1933 von Theodor Eicke in Dachau aufgestellt und geleitet worden. Ab 1939 führte Eicke dann die Totenkopf-Division. Gleichzeitig war er seit 1934 Inspekteur aller KZs. In dieser Funktion ist er u. a. für die Ermordung von 18000 sowjetischen Kriegsgefangenen im KZ Sachsenhausen verantwortlich.

Für die KZ-Verbrechen der Totenkopf-Division steht auch SS-Obersturmbannführer Friedrich Hartjenstein, 1944 zunächst Kommandant des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau, dann Kommandant des KZ Natzweiler.

Ihre ersten großen Kriegsverbrechen begingen die Totenköpfe, die zur Elite der Waffen-SS gehörten, 1940 in Flandern. Auf dem Gehöft Le Paradis bei Balileul machte die 4. Kompanie des 1. Bataillons des 2. Totenkopf-Regiments etwa 100 britische Kriegsgefangene nieder.

Als 1943 mehr als 20000 sowjetische Zivilisten und 40 Kriegsgefan-

gene in Charkow niedergemetzelt wurden, waren wieder die Totenköpfe dabei.

Auch bei der Zerstörung des Warschauer Gettos und der Ermordung von mehr als 45000 seiner Einwohner wirkte die Totenkopf-Division mit. Bei diesem Massenmord stand sie unter Befehl des SS-Generals Paul Hausser, der ab 1949 mit half, die Waffen-SS unter der Tarnbezeichnung HIAG zu reorganisieren und auch heute noch von der SS-HIAG als „unser Senior“ verehrt wird.

Auch beim „Kameradschaftsverband der Soldaten des 1. Panzer-Korps“, bestehend aus der „1. SS-Panzerdivision Leibstandarte Adolf Hitler“ und der „12. SS-Panzerdivision Hitlerjugend“, handelt es sich um Fachleute von Mord und Terror. Folgende Beispiele ihrer Untaten belegen das:

- Beteiligung an der Ermordung des SA-Führers Röhm und seiner Anhänger (30.6.1934).
- Ermordung von 60 bis 80 britischen Kriegsgefangenen in Wormhoudt bei Dünkirchen (Sommer 1940).
- Ermordung von etwa 20000 So-

wjetbürgern im Raum Charkow, Erschießung und Verbrennung der Ortschaften Staroverovka, Stanitschnoje, Jefrenovka und Ermordung der Einwohner (Frühjahr 1943).

- Ermordung von 19 griechischen Juden in Meina und Baveno am Lago Maggiore (Sommer 1943).
- Niederbrennung von 83 Häusern in Tavaux/Frankreich und Ermordung von 21 Einwohnern (August 1944).
- Niederbrennung von 350 Häusern der italienischen Gemeinde Boves und Ermordung von 45 Zivilpersonen (September 1943).
- Massaker an 140 Männern, Frauen und Kindern in Stavelot/Belgien (Dezember 1944).
- Ermordung von 71 amerikanischen Kriegsgefangenen in Malmédy/Belgien (Dezember 1944).
- Massaker an 64 unbewaffneten und zum Teil verwundeten kanadischen und britischen Kriegsgefangenen in der Normandie (Juni 1944).
- Standgerichtsaktionen in Berlin gegen deutsche Soldaten und zwangsverpflichtete Zivilisten, die der Feigheit, Fahnenflucht oder des Widerstands bezichtigt wurden (Anfang 1945).

Neonazis ließen sich nicht mehr blicken

Wahlhelfer stellten FAP-Schilder auf



Wie in der letzten Ausgabe des „Roten Morgen“ berichtet wurde, hat Ernst Otto Remer, Ex-Nazi-General und Gründer der deutschen „Reichspartei“ 120 junge Neonazis zur Wahlunterstützung der FAP nach Aachen mobilisiert.

Nachdem es dabei zu über 50 Festnahmen in den Reihen der Nazis gekommen war, hat die FAP ihr Auftreten in Aachen zur zentralen Kundgebung des DGB abgeblasen.

Antifaschisten stellten an verschiedenen Punkten der Stadt Wachen auf. Neonazis waren auch in der Stadt, traten aber sehr verdeckt auf:

Am Hotel Buschhausen wurden Autos der Organisatoren beobachtet.

In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag haben die Wahlhelfer der FAP Wahlschilder im Wahlkreis II an Laternenpfählen befestigt.

Die Themen: „Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer“ und „Weg mit der Korruption in Bonn“.

Am Donnerstag morgen war ein Großteil der Plakatafeln mit dem Überkleber „NAZIS“ versehen.

Meldungen

8. Mai in Esterwegen

Am 8. Mai fand in Esterwegen (Emsland) eine Kundgebung des DGB und des niederländischen Gewerkschaftsbundes statt. Zu den ca. 2000 Teilnehmern sprach u. a. Siegfried Bleicher vom DGB-Hauptvorstand. Eine Gruppe der Teilnehmer forderte auf Transparenten und Schildern den Austritt aus der NATO sowie „Kein Frieden mit der NATO“. Das Flugblatt der Partei „8. Mai 1945 — Befreiung, aber kein Neubeginn“ fand reißenden Absatz.



Nach Berufsverbot Ausbildungsverbot?

Vor kurzem erst hatte die ILO (Internationales Arbeitsamt) erneut die Berufsverbotspraxis in der BRD kritisiert. Vor allem im Hinblick auf die Berufsverbote bei der Post und im Schuldienst Niedersachsen erklärte die ILO, daß politische Ansichten allein und die Betätigung für eine legale Partei kein Grund für eine Entlassung sein dürfen.

In Bayern will man jetzt die Berufsverbotspraxis noch weiter verschärfen. Nach einem jetzt beschlossenen Gesetz soll die politische Säuberung jetzt bereits vor der Referendariatszeit stattfinden. Ob dieses Gesetz allerdings Bestand haben wird, ist fraglich. Denn seinerzeit hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, daß ein Ausschluß vom praktischen Teil der Ausbildung auf Grund des Ausbildungsmonopols des Staates nicht zulässig ist.

Polen Strafrechts- verschärfung

Am vergangenen Freitag hat das polnische Parlament ungewöhnlich harte neue Gesetze beschlossen, die die Opposition im Lande zum Schweigen bringen sollen.

Nach diesen Gesetzen, die am 1. Juli in Kraft treten sollen, ist vorgesehen, daß mit 80000 Zloty (1800 DM) Geldstrafe oder drei Monaten Haft bestraft wird, wer an einer illegalen Demonstration teilnimmt, bei einer illegalen Versammlung die Nationalhymne singt oder eine Fahne bzw. ein Transparent mit der Aufschrift „Solidarność“ trägt. Gleiche Strafen drohen Verteilern von illegalen Flugblättern und demjenigen, der illegal Plakate anbringt. Die Strafen können in Zukunft nur noch von den Verurteilten selbst oder deren unmittelbaren Angehörigen bezahlt werden. Damit soll verhindert werden, daß Solidaritätskomitees für die Verurteilten zahlen.



In Polen können Richter in Zukunft allein auf Grundlage eines Polizei-protokolls ohne Prozeß und ohne daß ein Verteidiger anwesend sein muß „Freiheitsbeschränkungen“ verhängen. Dazu zählt auch Zwangsarbeit, je nach Schwere des Delikts, mit oder ohne Bezahlung. Bewährung für Wiederholungstäter ist künftig ausgeschlossen. Bei bestimmten Straftaten kann die polnische Justiz künftig auch Berufsverbote aussprechen.

Die Begründung für die neuen Gesetze ist nach Innenminister Kiszczak, daß es zehn Monate nach der letzten Amnestie schon wieder 148 politische Häftlinge gebe. Die seien alle Mitglieder einer anti-polnischen Opposition und stünden im Dienst westlicher Geheimdienste. Diese Opposition bestehe aus 300 illegalen Gruppen, zu denen 1500 „erklärte Feinde des Sozialismus“ gehörten.

Sondergesetze für 1500 Gegner? Sicher sind es mehr Feinde, die die Ordnung in Polen hat. Eine Ordnung, die sich zwar sozialistisch nennt, aber mit Sozialismus wirklich nichts zu tun hat. Eine Regierung, die sich gegen eine breite Opposition im Volk mit dem Kriegsrecht und der Abschaffung aller noch so geringen Recht von Angeklagten und Verdächtigen wehrt, ist eine volksfeindliche Regierung.

Südafrika/Azania

Weiterer Terror gegen die Schwarzen

Die Welle der Gewalt gegen die schwarzen Bewohner Südafrikas geht weiter. In den schwarzen Vorstädten wehren sich die Bewohner gegen die Umsiedlungen, die Arbeiter kämpfen für mehr Lohn und treffen immer wieder auf die brutale Polizeimacht des Rassistenstaates, der gegen jeglichen Widerstand mit Mord und Terror vorgeht.

Nach Schlägen, die er bei einem Verhör durch die Polizei erhalten hat, starb am vergangenen Donnerstag der 20jährige Führer des schwarzen Studentenverbandes COSAS, Siphos Mutsi. Die Bekanntgabe seines Todes folgte wenige Tage nach dem Tod des schwarzen Gewerkschaftsfunktionärs Andries Raditsela, der am Wochenende vorher ebenfalls nach einem Polizeiverhör an schweren Schädelverletzungen gestorben war.

Für Dienstag, den 14. Mai haben Gewerkschaften und andere Organisationen der Schwarzen zu einem zweistündigen Warnstreik in allen schwarzen Vororten aufgerufen, nachdem am letzten Wochenende wieder ein 15jähriger von der Polizei erschossen worden war.

Noch keine Klärung der Hintergründe gibt es für den Tod von 19 schwarzen Bergarbeitern der Goldgrube „Präsident Brandt“. Angeblich sind sie einer Stammesfehde zum Opfer gefallen. Es ist aber bekannt, daß im Bergbau Südafrikas gerade sehr harte Tarifauseinandersetzungen laufen. Ein Sprecher des Konzerns meinte, die Zusammenstöße „scheinen nicht“ mit den Tarifauseinandersetzungen zusammenzuhängen.

Die Südafrikanische Justiz hat mal wieder ihren Ruf als Rassistenjustiz unter Beweis gestellt. Fünf weiße Jugendliche, die des Totschlags an zwei Schwarzen für schuldig befunden wurden, sind von einem südafrikanischen Gericht zu je einem Jahr Wochenendarbeit in einem Krankenhaus „verurteilt“ worden. Die Jugendlichen hatten im August 1984 bei Nelspruit in Transvaal zwei Schwarze zu Tode geprügelt. Psychologen brachten beim Prozeß zur Entlastung der Angeklagten vor, sie hätten „keinerlei Neigung zur Gewalt“.

Türkei

Der Exbürgermeister von Fatsa ist tot

Wie die Militärbehörden der türkischen Stadt Amasaya bekanntgegeben haben, ist der ehemalige Bürgermeister der Stadt Fatsa, Fikri Sönmez nach fünf Jahren Haft im Gefängnis gestorben. Angeblich an „Herzversagen“; es war jedoch bekannt, daß der unbeugsame Fikri Sönmez immer wieder gefoltert worden ist. „Fikri, der Schneider“, wie er genannt wurde, war eine Symbolfigur der türkischen Linken. Georg Schwarz beschrieb seine Geschichte in der taz. Daraus veröffentlichen wir einen Auszug.

Als Parteionabhängiger war der Schneider Fikri Sönmez im Oktober 1979 überraschend zum Bürgermeister der am Schwarzmeer gelegenen Kleinstadt Fatsa gewählt worden. Sein Slogan lautete damals: „Kampf den Haselnußhändlern“. In kurzer Zeit hatte Fikri im heruntergekommenen Städtchen, wie konservative Politiker der „Gerechtigkeits-Partei“ später bestätigen sollten,

Anlaßlich der Aktionärsversammlung der „Dresdner Bank“ hatten verschiedene Gruppen in der vergangenen Woche zu Aktionen in Frankfurt aufgerufen. Die Dresdner Bank, die mit dem „grünen Band für Sympathie“, ist groß im Südafrika-Geschäft tätig. Mit Transparenten, Flugblättern und einem überlebensgroßen Goldenen Kalb wurde vor der Aktionärsversammlung

kritische US-Südafrika-Experte William Howard verwies auf die starke Solidaritätsbewegung in den USA und hofft auf einen Kongreßbeschuß, der amerikanischen Banken verbieten soll, Südafrika zu unterstützen. Wenn der amerikanische Kongreß so entscheide, sagte Howard, dann käme den bundesdeutschen Banken endgültig die Hauptrolle im Kreditbeschäftigungsgeschäft.



Protest gegen die Apartheidspolitik

demonstriert.

Am Donnerstag fand eine Diskussion des Arbeitskreises „Kein Geld für Apartheid“ statt. Anwesend war unter anderem auch ein ehemaliges Vorstandsmitglied der Commerzbank, Dr. Wolfgang Jahn. Er vertrat die Kapitalistenthese: „Mehr Investitionen bringen mehr Freiheit“ — eine These, die seit Jahren zu immer mehr Unterdrückung und Elend für die Schwarzen führt. Der

für die Botha-Regierung zu. Trotz einhelliger Verurteilung der Rassentrennungspolitik durch die UN würden sich weder die Verantwortlichen in Bonn noch die der Wirtschaft um die Tatsachen scheren, daß finanzielle Unterstützung auch immer militärische Stärkung bedeute, meinte Howard. Der Kommentar des Bankers dazu: „Die UN ist doch eine Bande Linker, die nichts zu sagen hat.“

Um Nicaragua zu destabilisieren, die Sandinistische Revolution zu untergraben, arbeitet der US-Imperialismus mit allen Mitteln. Nach der Verhängung des Handelsembargos — als Versuch, die Schlappe im Kongreß wegen der Ablehnung der 14-Millionen-Dollar-Hilfe für die Contras wird jetzt versucht, auch diesen Beschluß zu umgehen. Die „Washington Times“, eine reaktionäre Zeitung, die von der Mun-Sekte finanziert wird, rief jetzt zu einer Sammlung für die Contras auf und gründete einen Fonds, der schon 2 Millionen Dollar beinhaltet. Die ehemalige Uno-Botschafterin der USA, Jeane Kirkpatrick, fanatische Antikommunistin und der Vietnam-erfahrene ehemalige Finanzminister Simon wollen mithelfen, über diesen Fond die nicht-bewilligten 14 Millionen Dollar zusammenzubekommen. Daniel Ortega hat recht, wenn er Ronald Reagan einen „Faschisten“ nennt, Vergleiche zur Hitler-Diktatur zieht und Reagan davor warnt, ganz Nicaragua in ein KZ verwandeln zu wollen, um das Volk zu vernichten.

Was der US-Imperialismus in Nicaragua unterstützt, enthüllte kürzlich eine US-amerikanische Zeitung. Sie druckte die Fotos und Erinnerungen eines Aktivisten der konservativen Studentenvereinigung der Northwestern University, der vier Monate mit den Contras unterwegs war. Er konnte beweisen, wie die Contras mit einem nicaraguanischen Bauern umgegangen waren, der sich weigerte, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Hier die Fotos des 21jährigen Frank Wohl:



PHOTOS BY FRANK WOHL—SYGMA

Das Opfer gräbt mit den Händen sein eigenes Grab aus. Es ißt noch etwas getrocknetes Milchpulver und legt sich nieder um zu sterben. Niemand fesselt ihn, niemand knebelt ihn. Aber er schreit nicht. Ein Contra kniet sich über ihn und rammt einen Dolch in seine Kehle. Noch einmal. Dann in den Bauch. Als der Körper nicht mehr zuckt, werfen die Contras Erde über das kleine Grab und entfernen sich.

Fleischhalle von Suluova gefangen gehalten. Ausnahmslos alle wurden gefoltert. Schließlich hatte der militärische Ankläger auf diese Weise genügend Material gesammelt, um Anklage gegen 759 Bewohner von Fatsa zu erheben. Für 268 von ihnen, darunter auch Fikri, forderte er die Todesstrafe. Wie internationale Delegationen im Gerichtssaal auf dem Kasernen-Areal Amasya mit eigenen Augen feststellen konnten, scherten sich die Militär Richter keinen

Deut um die Frage, wie all diese Geständnisse zustande gekommen waren. Im Gegenteil, Gefangene, die ihre Aussage zurückziehen wollten, wurden in einem nahegelegenen Schuppen von den immer bereitwilligen Spezialisten der Geheimpolizei aufs neue gefoltert. Auch Fikri wurde immer wieder herausgeholt. Er hatte die Zwangsverteidigung mit der Begründung verweigert, daß für die Bewohner Fatsas nur eine kollektive Verteidigung in Frage käme. (...)

Auf dieser Seite veröffentlichen wir einige Materialien vom Tribunal gegen den Weltwirtschaftsgipfel am 3. Mai in Bonn. Mit der Beendigung des offiziellen Treffens der Häupter des Imperialismus kann die Beschäftigung mit den angeschnittenen Fragen ja nicht zu Ende sein.

Tribunal gegen den Weltwirtschaftsgipfel

Kanakien: Weder Stützpunkte noch Bomben, sondern Unabhängigkeit und Würde

1853 hat Frankreich Kanakien durch einen einseitigen Akt seine Unabhängigkeit geraubt.

Durch einen einseitigen Akt muß Frankreich Kanakien wieder in die Unabhängigkeit entlassen.

Was würden Sie davon halten, wenn jemand in Ihr Haus einbricht, sich dort häuslich in den von Ihnen bewohnten Zimmern einrichtet, allmählich seine ganze Verwandt- und Bekanntschaft nach sich zieht und dann vorschlägt, „demokratisch“ darüber abzustimmen, wem die Wohnung denn gehören soll?

Genau so hat sich Frankreich uns gegenüber verhalten; nach diesem Verfahren soll über unsere Unabhängigkeit per Referendum abgestimmt werden. Unsere Antwort darauf: Das kanakische Volk hat ein angeborenes, unveräußerbares Recht auf Unabhängigkeit, das ihm auch durch noch so listige Griffe in die Trickkiste nicht genommen werden kann. Auch die sogenannten Interessen Frankreichs in und an Kanakien ändern daran nichts.

Wir sind ein kleines Land, ein kleines Volk. Wenn man uns in unserem eigenen Land trotz unserer Hautfarbe überhaupt einen Arbeitsplatz gibt, werden wir bei den am schlechtesten bezahlten, schwersten Arbeiten in den Nickelminen ausgebeutet. Unser Durchschnittseinkommen beträgt nur ein Viertel von dem eines europäisch-stämmigen Kaledoniers. Mehr als 30 Prozent von uns müssen unterhalb der Armutsgrenze ihr Leben

fristen. Was schert uns der Wunsch des kolonialistischen Frankreich, zu den sieben am meisten industrialisierten Staaten der Welt zu gehören? Im Gegenteil. Wir erleben täglich, daß diesem Streben unsere Würde, unsere Unabhängigkeit, unsere Existenz als Volk geopfert werden!

Euer Modell ist eures. Euer Beispiel ist nicht unseres. Was wir von euch fordern, ist, uns selbst die Wahl zu lassen, welchem Lebensmodell, welchem Gesellschaftsmodell wir folgen wollen.

Ich glaube nicht, daß die Verwandlung unserer Insel in einen Flugzeugträger, eine Garage für Atom-U-boote, einen Kriegshafen den Wünschen und Zielen des kanakischen Volkes entspricht. Wir sind auf der Seite derjenigen, die einen nuklearen Pazifik fordern. Wir gehören zu den Kleinen, die nicht als Manöver-Gelände der Großen ausgenutzt werden wollen.

Daß Frankreich seine Verteidigungspolitik verfolgt, ist seine Angelegenheit. Aber wir lehnen es ab, sein Flugzeugträger zu sein.

Unser Weg zur Unabhängigkeit und Würde des kanakischen Volkes vereinigt sich hier mit dem all derer, die sich für Frieden und Denuklearisierung mobilisieren, und zwar überall in der Welt. Und wir freuen uns und danken Euch allen für Eure Solidarität auf dem Wege zu einem freien, unabhängigen, denuklearisierten Kanakien!

Jean-Marie Tjibaou
Bonn, den 3./4. Mai 1985

Die Streitereien im ANZUS-Pakt, die Weigerung Neuseelands, amerikanische Schiffe mit Atomwaffen in seine Häfen einlaufen zu lassen, die jüngste Absage eines Militärmärsches mit den USA durch Australien, wegen der Haltung der USA gegenüber Neuseeland, hat auch hier im Westen die Aufmerksamkeit auf die hohe Militarisierung des Pazifikraumes gelenkt. Beim Bonner Tribunal stellte sich auch die Bewegung für einen unabhängigen und atomwaffenfreien Pazifik vor.

Pazifik atomwaffenfrei!

Nuclear Free and Independent Pacific Movement ist eine im ganzen pazifischen Raum verbreitete Bewegung, die koloniale Befreiung und Unabhängigkeit für alle Inselgruppen und -staaten im Pazifik fordert. Schwerpunkt des Kampfes heute ist der Widerstand gegen die Militarisierung und nukleare Verseuchung des Pazifik. Kurz nach dem 2. Weltkrieg, von 1947 bis heute, sind die pazifischen Inseln und ihre Bevölkerung mißbraucht worden von den Vereinigten Staaten und Frankreich für deren Atomtests. Über 200 Atomversuche mußten die pazifischen Inseln bislang hinnehmen.

Die USA und Frankreich führen weiterhin ihre Tests fort, und neben diesen Atombombentests werden nun auch noch Raketen getestet. Die USA schießen ihre

Raketen von der pazifischen Insel Kwajalein ab, es sind dieselben Raketen, die nach den Tests in Europa stationiert werden.

Die Bewegung gegen Atomversuche und Raketenversuche und die Bewegung für Unabhängigkeit des gesamten Pazifik sind zu einer Bewegung zusammengewachsen, und sie ist im Pazifik weit verankert. Dieser gemeinsame Kampf ist eine Herzensangelegenheit der Menschen im Pazifik geworden.

Wir haben den Versuch der USA, uns in eine waffenstarrende Basis für ihre Angriffspläne zu verwandeln, eindeutig zurückgewiesen. Wir sind weder ein Teil des Westblocks, noch gehören wir dem Ostblock an, es ist nicht einzusehen, warum wir Opfer und Leidtragende des internationalen Westtrübsens sein sollen.

Jean-Marie Tjibaou, 49 Jahre, ehemaliger Priester, Vater von vier Kindern, arbeitet an Bildungs- und Ausbildungskonzepten für kanakische Jugendliche, die ihrer Kultur und Identität entsprechen, nicht auf die europäisch-französischen Bedürfnisse zugeschnitten sind.

1972 engagierte er sich in der Arbeit für kanakische Unabhängigkeit, die zwei seiner Brüder inzwischen das Leben kostete. Er ist Bürgermeister des Dorfes Hien-

ghène, seit vielen Jahren Mitglied der „Union Calédonienne“, zu deren stellvertretendem Vorsitzenden er 1977 gewählt wurde, gleichzeitig mit seiner Wahl zum Abgeordneten der Territorialversammlung. 1979 gründete er den „Front Indépendantiste“ mit, ebenso wie er 1984 zu den Gründern des FLNKS (Front de Libération Nationale Kanak Socialiste) gehörte, der ihn zu seinem Vorsitzenden und zum Präsidenten der provisorischen kanakischen Regierung gewählt hat.



Der Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie und die Anti-Mil-Kommission des KB-Göttingen haben eine umfangreiche Materialsammlung gegen den Weltwirtschaftsgipfel herausgegeben. **Unterdrückung, Hunger, Krieg — die Folgen**

imperialistischer Politik ist der Titel der 76 Seiten starken A4-Broschüre. Inhaltliche Schwerpunkte: Schuldenlast / Krise des Neo-Kolonialismus / Nord-Süd Dialog? / Atomexporte / Hunger und Unterdrückung / Bevölkerungspolitik / Die Rolle der Pharmakonzerne / Agrobusiness / Internationale Organisationen / Chronik der Weltwirtschaftsgipfel / Die Bedeutung der Weltwirtschaftsgipfel.

Diese informative Materialsammlung kann zum Preis von 5,— DM bestellt werden beim Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Postfach 1945 in 3400 Göttingen, oder Antimil-Kommission, c/o Buchladen Rotestraße 10 in 34 Göttingen — oder einfach bei uns: RM Verlag, Postfach 300526 in 4600 Dortmund 30

— Nachlese —

Felix Contreras, Nicaragua

Destabilisierung und soziale Veränderungen eines revolutionären Prozesses

Während sich die Regierungen der kapitalistischen Industriestaaten zusammensetzen, um die Strategien abzustecken, die es ihnen erlauben, ihre Politik der wirtschaftlichen Dominierung über die Entwicklungsländer zu konsolidieren, quälen sich Millionen von Menschen mit Hunger und Elend, das enorme Gewinne einbringt und die Geldkammern in den Monopolen füllt.

In der Ausbeutung stellt die politische Dominierung einen entscheidenden Faktor dar; sie wird von den kapitalistischen Industriestaaten und besonders vom nordamerikanischen Imperialismus benutzt, um die Völker zu unterjochen.

Die kritische wirtschaftliche Lage verpflichtet die Völker zu kämpfen und die Ketten der Abhängigkeit zu sprengen, um gerechtere wirtschaftliche und soziale Veränderungen durchzuführen, die ihnen ein menschenwürdiges Leben erlauben und sie in den Genuß der ihnen zustehenden Reichtümer bringt, mit denen sie ihren eigenen Fortschritt vorantreiben können.

Nicaragua gelang es, die proimperialistische Somoza-Diktatur zu stürzen, seine Reichtümer zurückzuerobieren und eine Reihe von Veränderungen vorzunehmen, die eine Verbesserung der Situation für die Bevölkerung auf dem Land, im Erziehungs- und Gesundheitswesen und eine gerechtere Einkommensverteilung bewirkten.

Als Kernstück dieser Veränderungen wird die Agrarreform in Angriff genommen; es werden eine Reihe von in die Zukunft weisenden Produktionsvorhaben entwickelt.

Dieses Beispiel kann nicht von der nordamerikanischen Regierung hingenommen werden. Sie hat einen unerklärten Krieg entfesselt, dem Tausende zum Opfer gefallen sind und die nicaraguanische Regierung

dazu zwingt, die Kosten zur Verteidigung der Revolution zu erhöhen; er hat zur Zerstörung von Einrichtungen für die Produktion, von Krankenhäusern, Schulen, Schiffen, Brücken und Maschinenanlagen geführt, deren direkte Kosten sich auf mehr als 600 Mio. Dollar belaufen.

In der Eskalation des Krieges hat die USA einen Wirtschaftsboykott gegen Nicaragua verhängt, der für das Land enorme Verluste bedeutet: 60 Prozent der Einfuhren Nicaraguas kommen aus den USA und ungefähr die gleiche Menge wird in die USA ausgeführt.

Der Verlust an Grundstoffen und Ersatzteilen, den der Wirtschaftsboykott zur Folge haben wird, bedroht Tausende von Arbeitern mit Arbeitslosigkeit und führt zur Verschärfung des durch die internationale Krise und die imperialistische Aggression verursachten wirtschaftlichen Verfalls.

Die nordamerikanische Regierung wird darauf drängen, daß sich die Regierungen Mittelamerikas der Blockade anschließen. Dies wird bedeuten, daß den Friedensbemühungen der Staaten in den Contadora-Gruppe ein tödlicher Schlag versetzt wird.

Der auf deutschem Boden diktierte Krieg der Regierung Ronald Reagans stellt eine Verhöhnung der internationalen öffentlichen Meinung dar, die in diesem Augenblick des Sieges über den Faschismus feierlich gedenkt und unermüdlich für den Erhalt des Friedens kämpft, um den Rüstungswettlauf zu stoppen, der die Menschheit mit ihrer Vernichtung droht.

In Nicaragua steht das Schicksal Lateinamerikas auf dem Spiel. Es ist höchste Zeit, die Solidarität aufzurütteln, um zu verhindern, daß die sandinistische Revolution in einem Blutbad erstickt und die Freiheitshoffnungen der Völker der Dritten Welt erlöschen.

Im Teufelskreis der Verschuldung Der Internationale Währungsfonds und die Dritte Welt

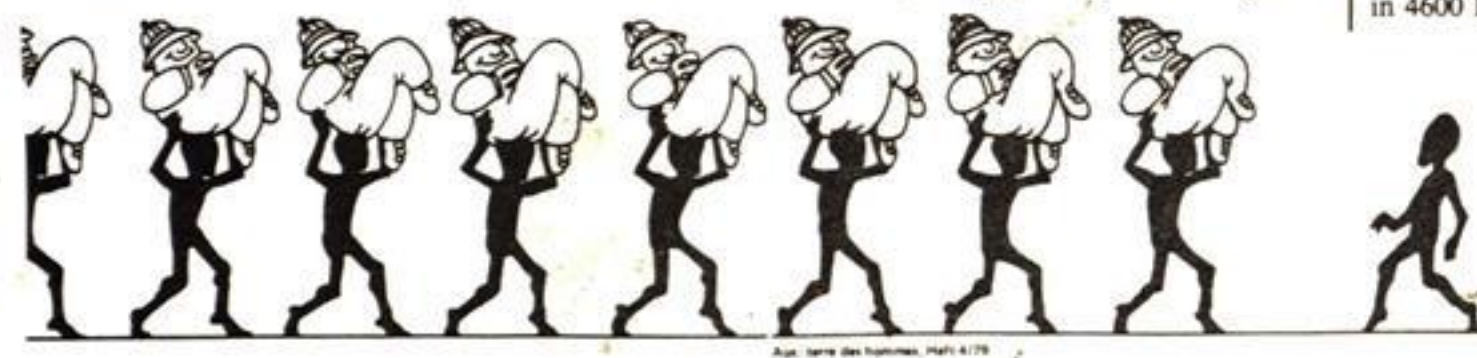
Ein dickes Buch zum Thema ist im Junius Verlag erschienen: **Im Teufelskreis der Verschuldung — Der Internationale Währungsfonds und die Dritte Welt.** Dieses 261 Seiten dicke

Buch mit vielen Tabellen und Statistiken behandelt im wesentlichen folgende Themen: Ursachen und Ausmaß der Verschuldung / Funktionsweise und Machtverhältnisse des IWF; seine Auflagen bei Kreditabkommen; seine Rolle beim Umschuldungen / wirtschaftliche, soziale und politische Auswirkungen in den Schuldnerländern / sechs Fallstudien: Brasilien, Jamaika, Ghana, Portugal, Sudan, Zaire / die Struktur- und Anpassungsdarlehen der Weltbank / die Forderungen der Entwicklungsländer.

Dieses Buch kann im Buchhandel oder auch bei uns bezogen werden: RM Verlag, Postfach 300526 in 4600 Dortmund 30, Preis 19,80 DM (plus Porto)



Das „linke zeitung magazin“ als Beilage zur „linken zeitung“ der Demokratischen Sozialisten hat in seiner Nr. 1/April 1985 das Thema: **Ausbeutung, Verschuldung, Hunger — die Dritte**



Richter-Ratschlag gegen Anwendung des § 240

Tausende von Teilnehmern an Friedens-Blockaden sind mittlerweile wegen angeblicher Nötigung (§ 240) verurteilt worden. Der 9. „Richter-Ratschlag“ nahm jetzt in einer Erklärung zur landläufigen Auslegung des § 240 Stellung. (Der „Richter-Ratschlag“ hat sich 1980 im Anschluß an eine Tagung zum Thema „Justiz und Nationalsozialismus“ gegründet.) In der Erklärung heißt es:

Im Zusammenhang mit den z. Zt. anhängigen Verfahren gegen Mitglieder der Friedensbewegung hat sich der IX. Richter-Ratschlag mit der Anwendung des Nötigungsparagraphen in den sogenannten Blockadeprozessen befaßt.

Die versammelten Richter und Staatsanwälte sind der Auffassung, daß Anwendung und Auslegung des § 240 StGB durch Bundesgerichtshof und Oberlandesgerichte Umfang und Schutzbereich der verfassungsrechtlichen Bestimmungen verkennen: Strafbar ist die Ausübung von Zwang nur, wenn sie mit Gewalt oder Drohung mit einem empfindlichen Übel erfolgt. Während Gewalt zunächst als „körperliche Kraftentfaltung (des Täters) zur Überwindung eines tatsächlichen oder vermeintlichen Widerstandes (der Opfers)“ verstanden wurde, soll nach dieser Rechtssprechung allein die Verursachung einer Zwangswirkung beim Opfer zur Erfüllung des Tatbestandes „Gewalt“ ausreichen. Das strafbarkeitsbegründete Tatbestandsmerkmal der Gewalt ist somit völlig aufgegeben worden; dies stellt sich nicht mehr als bloße Interpretation einer Strafnorm, sondern als unzu-

lässige Ausfüllung einer angeblichen Regelungslücke zum Nachteil des Angeklagten dar. Die Grenzen zulässiger richterlicher Rechtsfortbildung sind damit unter Verletzung von Artikel 103 des Grundgesetzes überschritten. Dieser Tendenz entspricht

im übrigen die Einengung der Verwerflichkeitsklausel, wonach bei Anwendung von Gewalt die Nötigung regelmäßig rechtswidrig sein soll.

Der IX. Richter-Ratschlag begrüßt die ermutigende Rechtsprechung zahlreicher Amtsgerichte, die sich an Wortlaut sowie Sinn und Zweck der Strafvorschrift des § 240 StGB orientiert und im Rahmen der Rechtswidrigkeitsprüfung die große Bedeutung der Grundrechte der Versammlungs- und Meinungsfreiheit würdigt. Von daher ist wohl auch zu Recht davon abgesehen worden, in den Fällen der LKW-Blockade am Brenner und der Blockade der Kinzigtal-B 33 Anklage wegen Nötigung zu erheben. (...)

Kohls Freunde machen Front:

„Schlesier“ gegen Weizsäcker

Daß der berühmte Artikel im Verbandsorgan der schlesischen Landmannschaft, in dem der Einmarsch der Bundeswehr durchgespielt wurde, kein Einzelfall war, zeigen die Ausfälle, die in der neuesten Ausgabe des „Schlesier“ gegen die Rede des Bundespräsidenten am 8. Mai im Bundestag gestartet werden.

Weizsäcker hatte in seiner Rede eigentlich nicht mehr gesagt, als von einem normalen konservativen bürgerlichen Demokraten zu erwarten ist — freilich in der CDU keineswegs vorherrschend. Vor allem seine Aussage, daß in bezug auf Polen das „Verständigungsgebot über Rechtsansprüchen“ stehe, läßt die Berufsrevanchisten nun toben.

Ihre Attacke entlarvt ihre und des Kanzlers Sprüche über die Verständigungsbereitschaft, die die sogenannten Vertriebenenverbände an den Tag legen würden als bloße Lü-

ge. Da werden alle Register gezogen, einschließlich der Bewertung der „Brandtschen Ostverträge“ als Vaterlandsverrat usw. Und Weizsäcker, weil er nicht im Revanchechor mitgesungen hat, wird gleich mitbeschimpft. Seine Aussage, daß die Teilung Deutschlands nicht Ergebnis des 8. Mai 45 sondern des 30. Januar 33 gewesen sei — eine bloße historische Tatsache — läßt die Reaktionen geifern.

So könnte es durchaus sein, was teilweise schon nach Weizsäckers Rede im Bundestag vermutet worden war: Daß sie unterschiedliche politische Auffassungen innerhalb der CDU deutlicher machen würde, auch eine offenere Konfrontation mit sich bringen würde. Denn es sind ja nicht nur die lauten Schreier des Schlesier, die da toben, auch Leute wie ein Alfred Dregger, inhaltlich mit denen völlig auf einer Linie, oder ein Zimmermann fühlten sich ja von dieser Rede angegriffen.

Korrespondenz

1.-Mai-Veranstaltung der KPD in Freiburg

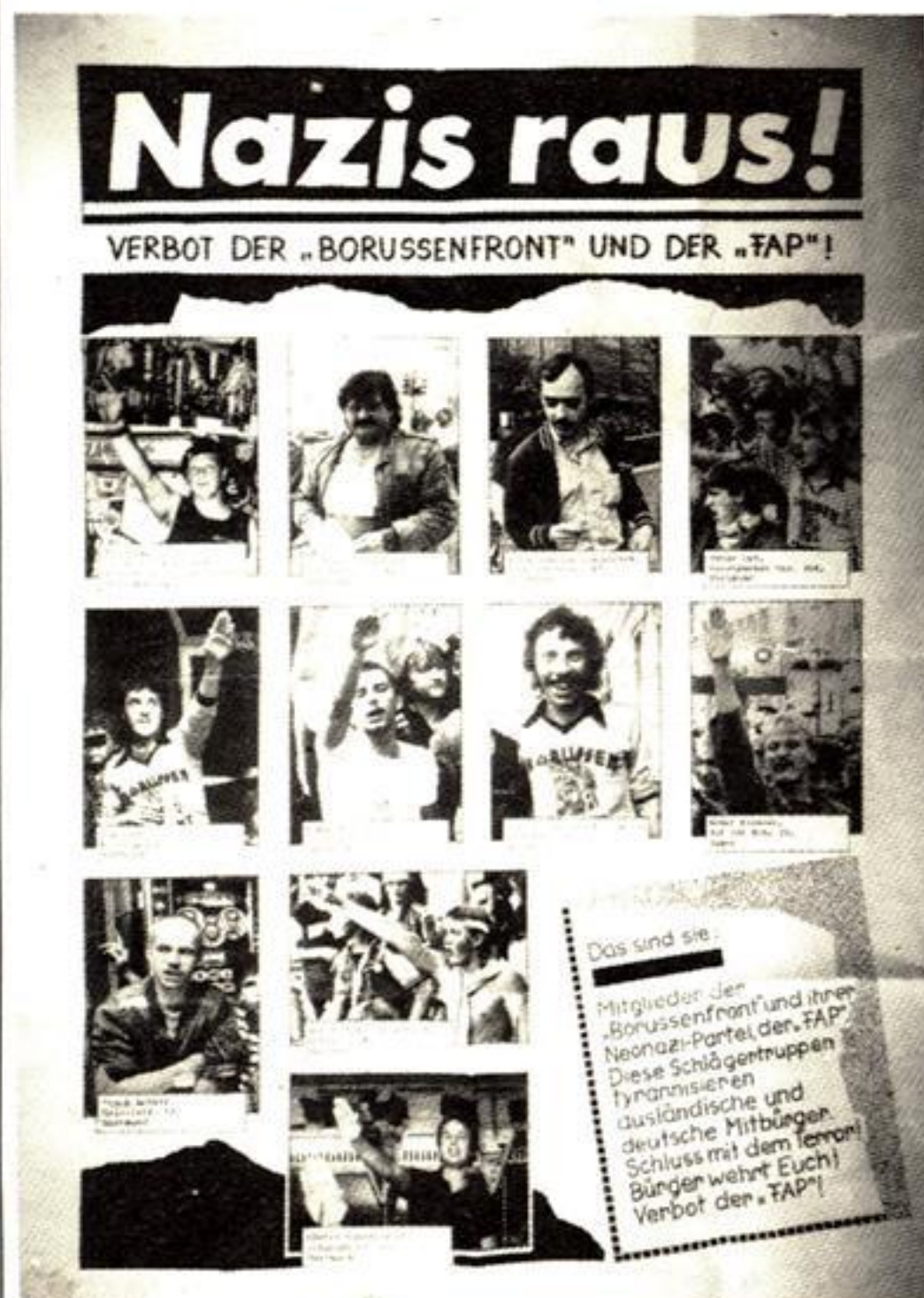
Am Abend des 1. Mai hatte die KPD-Ortsgruppe Freiburg zu einer Veranstaltung eingeladen. 14 Kolleginnen und Kollegen waren erschienen. In einem einleitenden Referat ging ein Genosse der KPD auf die Ziele und Aufgaben der Kommunistischen Partei ein. Ausgehend von einer Analyse des imperialistischen Systems und einer Darlegung der Verschärfung der Klassenwidersprüche in unserem Land erläuterte er die Rolle der KPD. Er ging vor allem auf die Notwendigkeit des Kampfes gegen Opportunismus und Revisionismus ein.

Im weiteren Verlauf des Abends gedachten die Anwesenden des verstorbenen 1. Vorsitzenden der Partei der Arbeit Albaniens, Enver Hoxha. Der Redner würdigte die Verdienste Enver Hoxhas im Kampf für die Befreiung Albaniens vom faschistischen Joch und beim Aufbau des Sozialismus. Er betonte, der erfolgreiche Kampf Albaniens gegen eine revisionistische Entartung im eigenen Land sowie der internationale Kampf Albaniens gegen die Entartung der Sowjetunion und anderer ehemals sozialistischer Länder sei eine Ermunterung für alle Menschen, die heute die Zukunft im Sozialismus sehen. Auch wenn die Bedingungen unterschiedlich seien, so zeige doch das Beispiel Albaniens, daß es möglich sei, einen anderen Weg als den der Sowjetunion zu nehmen.

Der folgende Film von Stadler/Stäbler „Albanien“ fand bei den Besuchern der Veranstaltung großes Interesse. Vor allem die konkrete Schilderung des Alltags dreier Familien im sozialistischen Albanien fesselte. Außer einer Darstellung der Atmosphäre an der Arbeit und in der Familie gab der Film zahlreiche Informationen über Arbeitsbedingungen, Löhne, Preise und Versorgung der Bevölkerung usw. Bedauert wurde von den Teilnehmern, daß der Film nur wenige Informationen über das

politische System in Albanien enthält. In weiteren Veranstaltungen soll auch diese Frage behandelt werden.

Dortmunder Steckbrief



Wenig erfreut reagierten die Dortmunder Nazis auf dieses nette Plakat, das Dortmunder Antifaschisten zusammengestellt und verklebt hatten. Die Staatsanwaltschaft ermittelt. Gegen die Herausgeber, genauer: Gegen „unbekannt“. Wegen Verstoßes gegen das Pressegesetz, denn auf dem Plakat fehlt das Impressum...

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

HAMBURG

Zentrale Aktionskonferenz-Tage der Arbeitslosenbewegung. In Arbeitsgruppen und Diskussionen werden drei Hauptthemen behandelt: „Zukunft der Arbeit“, „Existenzielle Absicherung von Erwerbslosen“ und „Perspektiven der Arbeitslosenbewegung“. Alle arbeitslosen Genossen und Leser sind aufgerufen, sich daran zu beteiligen.

Freitag, 17. Mai, ab 12 Uhr

(Kundgebung am Jungfernstieg,

Marsch zum Tagungsort — HWP) bis Sonntag, 19. Mai, 14.00 Uhr

Kontaktadresse: AG ZAKT c/o Susan Naumann

Wartenau 9 2 Hamburg 76

DORTMUND

Zentraler Arbeitslosentreff der KPD

Samstag, 1. Juni, 11.00 Uhr

Parteibüro Hörde

Termine

„FRANKFURTER APPELL“

Das nächste Treffen des bundesweiten Koordinationsausschusses des „Frankfurter Appells“ findet am 17./18. Mai statt. Alle interessierten Initiativen, Vereine, Organisationen sind herzlich eingeladen.

Thema: Perspektiven weiterer bundesweiter Zusammenarbeit

Ort: Frankfurt-Sachsenhausen, Affentorplatz, Bürgerzentrum Affentorhaus, Beginn: 13.00 Uhr

ZENTRALER FRIEDENSTREFF DER KPD

Datum: 1. Juni, Ort: Dortmund, Beginn: 11.00 Uhr, Ende gegen 18.00 Uhr. Bitte anmelden, Vorbereitungs-material wird dann zugeschickt.

Eingeladen sind alle interessierten Genossinnen und Genossen, die in der Friedensbewegung engagiert sind. Themen, die diskutiert werden sollen: Situation in der Friedensbewegung nach den Herbstaktivitäten und den Aktionen am 4. Mai; Arbeit der KPD in der Friedensbewegung (möglichst mit euren Berichten aus den Orten); wie können unsere friedenspolitischen Vorstellungen in der Friedensbewegung mehr politisches und organisatorisches Gewicht bekommen; Herbstaktivitäten.

Das Treffen soll auch der Vorbereitung des nächsten bundesweiten Treffens der Friedensbewegung in Köln dienen.

„GROSSER RATSCHLAG“

Der nächste „Große Ratschlag“ der Friedensbewegung findet am 16./17. 6. '85 in Köln statt. Das Treffen soll vor allem der inhaltlichen Diskussion über die weitere Politik der Friedensbewegung dienen.

Arbeitsgruppen sind bis jetzt zu folgenden Themen vorgesehen: Genfer Verhandlungen; Westeuropäische Union; Atomwaffensperrvertrag; Haushaltsberatungen '85; Weltraumrüstung SDI; Zivilschutzgesetz; „Kommunalisierung“ der Friedensbewegung, Bunkerbau u.ä.; Mittelstreckenwaffen; „Sicherheitspartnerschaft“; Europa und „3. Welt“.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

- ☐ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen“
- ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
- ☐ Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden
- ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden

Name

Vorname

Straße

PLZ/Ort

Bitte einsenden an: KPD, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30



Für ihre Gleichberechtigung, versteht sich. Anning Lohse, Kandidatin der KPD bei den Landtagswahlen in Dortmund, widmete deshalb ihren Redebeitrag auf der Veranstaltung am letzten Freitag der Frauenfrage. Sie bekam viel Beifall — mehr als die drei männlichen Kandidaten. Ob dieser Beifall insbesondere der männlichen Veranstaltungsteilnehmer eher eine Art „Kavaliersdelikt“ war oder tatsächlich Ausdruck der Bereitschaft, den Kampf für die Gleichberechtigung der Frau tatkräftig zu unterstützen, wird die Zukunft zeigen. Wir veröffentlichen im folgenden den Redebeitrag von Anning Lohse.

Liebe Genossinnen und Genossen,

übermorgen ist nicht nur Wahltag, sondern auch Muttertag, der Tag der großen Dankbarkeit von Ehemann und Kindern. Bislang war das ja klar, da gab's eine Torte und Blumen für die liebe Mutti, damit sie, möglichst ohne ewig zu meckern, so weitermacht wie bisher.

Ja, bisher. Das soll sich jetzt ändern, denn in diesem März hat Heiner Geißler das Wort für die Frauen ergriffen, in seinen CDU-Leitsätzen „Für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau“: „Es ist der Ausdruck eines überholten Denkens, die Aufgaben der Frau auf die der Mutter und Hausfrau und die Aufgaben des Mannes auf die der Berufstätigkeit beschränken zu wollen.“ Ja, ist denn der noch zu retten? Was wird seine Partei, was die Kirche dazu sagen?

Ist Geißler jetzt Frauenrechtler geworden?

Nein, ganz sicher nicht! Er ist nur recht geschickt. Er weiß, daß sich im Bewußtsein der Frauen etwas getan hat

und das kalkuliert er mit ein.

Einmal, um die Frauen als Arbeiterinnen hinter Licht zu führen. Um ihnen Zeitarbeitsverträge, Jobsharing, kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit, Heimarbeit usw. schmackhaft zu machen, Wünsche der Unternehmer, die mit dem neuen Entlassungsförderungssetz seit dem 1. Mai zum Teil schon wahr geworden sind.

gegenstehen. Die CDU fordert Arbeitgeber und Gewerkschaften auf, Arbeitszeiten und Arbeitsabläufe so flexibel zu gestalten, daß Väter und Mütter die Arbeit in Beruf und Familie besser vereinbaren können.“

Geißler will aber auch noch ein zweites, für diese Regierung sehr wichtiges Ziel erreichen. „Eine wichtige Voraussetzung für die

sen und Sozialhilfeempfänger. Das soll die Familie auffangen.“

Sie sagen aber nicht nur ein bißchen an der sogenannten sozialen Hängematte herum, sondern sie streben Zustände wie in den USA an, dem Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Sie wollen auf die Dauer in dieser Form keine Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung mehr. Das also steckt hinter Geißlers neuer Partnerschaft. Eine Offensive auf fast alle Lebensbereiche besonders der arbeitenden Frauen.

Daß sich diese Politik bei weitem nicht nur gegen die Frauen richtet, sondern gegen alle Arbeitenden, dafür bringt Heiner Geißler den Beweis selbst. „Wer zu Hause morgens 5 Stunden am Bildschirm arbeitet und nachmittags in der Sozialstation hilft oder als Übungsleiter arbei-

ganz toll: „Für die ersatzlose Streichung von Heiner Geißler!“

Was die SPD nun dieser Politik entgegensetzt, beschränkt sich wohl mehr auf fromme Sprüche: „Sozialbleiben, weil sonst das Menschliche stirbt“ und „Wir in Nordrhein-Westfalen und unser Ministerpräsident Johannes Rau“ nach „Frau-im-Spiegel“-Machart mit Kind, unter den bewundernden Blicken der jungen Mutter. Die Realität in den sozialdemokratisch regierten Ländern spricht ihre eigene Sprache.

Ein Beispiel für die Haltung der SPD dazu aus Dortmund: Ich zitiere aus einer Beschlusvorlage für Beschäftigungspolitische Initiativen der Stadt Dortmund: „37600 Arbeitslose sind in Dortmund offiziell gemeldet (Juli '84), das sind 17,3 Prozent.

Dem ist eine stille Reserve von rd. 19000 Erwerbsfähigen und -willigen, aber nicht offiziell arbeitslos Gemeldeten hinzuzurechnen, so daß letztlich über 56000 Dortmunder direkt vom Arbeitsplatzmangel betroffen sind.

(...) Es gibt deutliche Hinweise darauf, daß gerade Frauen immer früher resignieren und sich nicht mehr arbeitslos melden, wenn sie keine Arbeit erhalten.“

Die Prognosen für die nächsten Jahre sieht die Stadt so: 19000: 45000 bis 65000 registrierte Arbeitslose; 1995: 40000 bis 60000 Arbeitslose.

Interessant wird es dann, wenn man die Maßnahmen liest, die die Stadt ergreifen will, um dieser Tendenz, nach eigenem Anspruch, ent-

gegenzuwirken. Außer ein paar ABM-Stellen, 30 bis 60 (!) Lehrstellen für jugendliche Sozialhilfeempfänger und einigen anderen Vorschlägen dieser Dimension meinen sie: „Es sollen mehr Teilzeitarbeitsplätze geschaffen werden mit dem Ziel, zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten anzubieten. Dabei sollen vermehrt Angebote gemacht werden, die auch von Männern nachgefragt werden.“ Ansonsten heißt das Motto: Wirtschaftsförderung.

Das ist ja nur ein Beispiel, über die Kürzung der Sozialausgaben in Dortmund, die 20000 Sozialhilfeempfänger, über Schließung und Personalabbau in Tagesstätten, Kliniken, Kindertheater usw. und auf der anderen Seite das Technologiezentrum und die Wirtschaftsförderung, auf die die Stadt setzt, kann man sehr lange erzählen. Eine Politik für die arbeitenden Frauen betreibt die SPD nicht.

Es müssen wohl vor allem die Frauen selbst dafür sorgen, daß die Gewerkschaften, die Arbeiterbewegung, aber auch die linken Parteien den Kampf für die Gleichberechtigung als etwas begreifen, das die Arbeiterklasse insgesamt angeht und deshalb auch als Kampfaufgabe angepackt werden muß. Da gibt es noch viel zu tun. Ich denke, daß die KPD auf dem richtigen Weg dazu ist, und das ist für mich ein Grund, für die KPD zu kandidieren.

Zurück zum Muttertag: Am 18. Mai findet in Bonn eine Muttertagsdemonstration statt unter dem Motto: „Nicht nur Blumen, Rechte fordern wir“. Machen wir Putz in Bonn!

„Es müssen wohl vor allem die Frauen selbst dafür sorgen ...“

Natürlich ist Geißler kein Frauenrechtler. Er käme nicht auf die Idee, sich gegen niedrige Frauenlöhne, gegen die hohe Frauenarbeitslosigkeit, für Kindertagesstätten oder gar die 35-Stunden-Woche auszusprechen, die unter anderem eine Voraussetzung sein kann dafür, die Hausarbeit besser zu teilen.

Nein, Herr Geißler hat da was anderes im Auge: „Frauen und Männer erleben jedoch, daß die geltenden starren Arbeitszeitstrukturen der Vereinbarkeit von Arbeit in Beruf und Familie ent-

Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau ist die Anerkennung der Gleichwertigkeit der Arbeit im Beruf und der Arbeit in der Familie.“

Die Betonung des Familienministers liegt auf dem Wort „Familie“. Ganz modern. Und das eben aus bevölkerungspolitischen Gründen — und noch aus einem anderen brennend aktuellen Grund: Denn, was sie wollen, ist weniger Staat — weniger Geld ausgeben für Kitas, Ausbildungsförderung, weniger Geld für die Alten, Kranken, Arbeitslo-

tet, wer am Nachmittag Schaltrelais zusammenbaut und am Vormittag seine Landwirtschaft betreibt oder Kinder erzieht, wird sich dem dominierenden Konflikt zwischen Kapital und Arbeit entziehen. Solche Leute stehen dem Klassenkampf nicht mehr zur Verfügung.“ (Geißler auf dem CDU-Parteitag '84.)

Heiner Geißler war ja grade auch hier, um hier seine Wahlkampfreden zu halten. Die Frauengruppe Dortmund hatte ein Transparent gemacht, das fand ich

Quo vadis, Alice?

So manche Frau, die „Emma“ und insbesondere Alice Schwarzer als engagierte Streiterin für Frauenrechte, für eine andere, demokratische Republik und gegen die Reaktion kennt, traute beim Lesen der Ausgaben April und Mai von „Emma“ ihren Augen nicht.

Da präsentiert die April-Ausgabe sieben Seiten lang peinlichste Lobhudeleien auf die vier CDU-Spitzenpolitikerinnen Renate Hellwig, Irmgard Karwatzki, Helga Wex und Hanna-Renate Laurien. Motto dieser Damen-Kür: „Wer ist die beste CDU-Frau?“ Siegerin und somit „Emmas“ Wunschkandidatin für den freiwerdenden Ministerposten im Familienministerium ist Renate Hellwig, frühere Staatssekretärin von Heiner Geißler in Rheinland-Pfalz, seit 1980 Bundestagsabgeordnete der CDU.

Sie schneidet bei der Meßlatte, die „Emma“ an die künftige Familienministerin anlegt, am besten ab. Äußert sich am eindeutigsten dagegen, daß Frauen zu Hause versauern sollen, statt in Wirtschaft und Politik Karriere zu machen. Hat das beste Durchsetzungsvermögen gegen die Männerriege in der eigenen Partei bewiesen.

Bei dieser Art von Beurteilung bringt es ihr dann beispielsweise auch Punkte ein, daß sie 1973 als Landtagskandidatin einen bis dahin für uneinnehmbar geltenden Wahlkreis für die CDU holte. Daß sie bei dieser Wahl für den „furchtbaren Richter“ Filbinger stritt, interessiert nicht. So wie eben überhaupt nicht interessiert, für welche Politik diese Damen streiten. Das Problem, daß diese CDU-Funktionärinnen dafür kämpfen, gleichberechtigt daran beteiligt zu werden, Politik im Interesse des großen Geldes betreiben zu können, bleibt bei dieser Betrachtungsweise außen vor. Einziges Zugeständnis an die soziale Frage: eine Karikatur, in der eine Frau sagt: „Ach Renate, jetzt mußt du nur noch aus dem Laden austreten!“

In der Mai-Ausgabe wird die Sache noch weiter getrieben. In einem Kommentar von Alice Schwarzer wird der CDU bescheinigt, sie habe das fortschrittlichste Frauenprogramm aller Parteien, Grüne inbegriffen. Und die Frage, ob es angesichts dieser Tatsache für Frauen nicht angebracht sein könnte, deshalb CDU zu

wählen, wird — vorsichtig ausgedrückt — zumindest offengelassen. SPD-Frauen, die Geißler einen „Schwafler“ und „Demagogen“ nennen, werden von Alice gefragt, ob solche Reaktionen nicht „ein wenig voreilig“ seien.

Wie kommt jemand wie Alice Schwarzer auf so einen Klops?

An einer Stelle ihres Kommentars heißt es: „Die unumstößliche Tatsache, daß die konservative Partei, zumindest auf dem Papier, heute ein fortschrittlicheres Frauenprogramm hat als die Sozialdemokraten, ist, gelinde gesagt, beschämend. Eine SPD, die die CDU als ‚rückschrittlich‘ abqualifiziert, hat ihren ‚Fortschritt‘ konkret unter Beweis zu stellen, auch in der Frauenfrage.“ Ansonsten — so die Drohung an anderer Stelle des Kommentars — muß die SPD (und müssen auch die Grünen) eben damit rechnen, daß die Frauen ihnen weglauen. Wohin? Zu dem, der mehr bietet.

Offenbar hofft Alice, durch einen demonstrativen Flirt mit Heiner und der CDU die SPD endlich zu den Zugeständnissen an den Feminismus zwingen zu können, die 15 Jahre Frauenbewegung nicht erreichen konnten. Eine im höchsten Grade abenteuerliche taktische Überlegung, die nur verständlich ist auf dem Hintergrund, daß für Alice Schwarzer das grundlegendste Kriterium zur Beurteilung einer Partei nicht die Politik dieser Partei und ihre soziale Interessenlage ist, sondern etwas ganz anderes. Die Frage nämlich, ob Männer oder Frauen den Ton in ihnen angeben. Vor diesem Kriterium aber sind nach Lage der Dinge alle Parteien in der BRD gleich. Zitat aus dem Kommentar: „Wir Frauen sind nicht die Vasallen einer Partei. Und wir Feministinnen schon gar nicht. Alle Parteien in der Bundesrepublik sind männerbeherrscht und an Männerinteressen orientiert.“

Nur aus dieser Sicht der Dinge ist auch zu erklären, daß Alice das Frauenprogramm der CDU bzw. die Leitsätze Heiner Geißlers als fortschrittlich bezeichnet oder — wie in ihrem Fernsehstreitgespräch mit Heiner Geißler — als „Teilsieg des Feminismus“. Natürlich, die Leitsätze proklamieren in Abkehr von Blüms

„neuer Mütterlichkeit“ eine „neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau“ und versuchen dabei auch, sich in gewisser Weise an die Frauenbewegung anzulehnen. Oder vielleicht sollte man lieber sagen, sich bei der Frauenbewegung Rückendeckung zu holen.

Rückendeckung für eine Familienpolitik, die soziale Pflichten des Staates der Familie aufbürden will. Rückendeckung für den Feldzug der CDU zur Entrechtung der Arbeiterschaft (Zeitverträge, Kapovaz, Heimarbeit, Aufhebung des Ladenschlußgesetzes usw.). Rückendeckung bzw. Unterstützung aber auch für die von der CDU gewünschte Mobilisierung der Öffentlichkeit gegen die Gewerkschaften, die mit ihrem sturen Festhalten an „starren Arbeitszeitregelungen“ und ähnlichem von Heiner Geißler als Gegner der „neuen Partnerschaft“ und somit der Frauen hingestellt werden.

So — insgesamt betrachtet — haben diese Leitsätze nichts Fortschrittliches an sich. Sie sind vielmehr ein — zugegebenermaßen geschickt präsentierter — Bestandteil des Kampfes von CDU/CSU für eine „andere Republik“. Daß in dieser „anderen Republik“ die Frauen nichts zu lachen haben werden, steht fest.

Daß Alice die Gefährlichkeit der Entwicklung nicht sieht oder unterschätzt und umgekehrt die klare Frontstellung der Frauenbewegung gegen die CDU als Partei des großen Geldes und der Reaktion nicht für etwas grundsätzlich notwendiges hält, sondern für ein Ding, mit dem man gewissermaßen Handel treiben kann, offenbar eine grundlegende Schwäche des Feminismus.

Feministinnen — und nicht zuletzt Alice Schwarzer — haben durch ihr bedingungsloses Eintreten für die Rechte der Frauen viel geleistet, um eine „falsche Bescheidenheit“ im Kampf um die Gleichberechtigung zu verhindern. Das ist ein zweifelsfreies Verdienst des Feminismus. Aber — und das zeigt sich immer wieder — die Frage der Gleichberechtigung der Frau kann nicht losgelöst von der sozialen Frage gestellt werden. Die Frauenbewegung muß eine soziale Bewegung sein, die beispielsweise Unternehmerverbände und Gewerkschaften eben nicht über den einen Kamm der „männerbeherrschten Organisation“ zieht. Nur so kann es für die Masse der Frauen mehr Rechte geben.

erbriefe + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief

Trotzkismus?

In seinem Leserbrief vom 5.4.1985 beschäftigt sich der Genosse V.A. mit der Lage der Partei und in diesem Zusammenhang mit dem Trotzkismus. Leider kann ich aber in diesem Leserbrief keine grundsätzliche Kritik an der KPD oder dem Trotzkismus herauslesen. Anstatt in die Tiefe zu gehen, stochert V.A. bei seiner Kritik nur an der Oberfläche herum, greift einige Details heraus und bastelt sich damit seine Kritik zusammen. Kein Wunder, wenn dann außer einer abstrakten Kritik allerhöchstens noch Verleumdung bzw. Verfälschung herauskommt.

Ich will in diesem Brief nur auf die „Trotzkismuskritik“ von V.A. eingehen, da ich die Diskussion innerhalb der Partei nur zum Teil verfolgen kann.

In seinem Brief schreibt Genosse V.A., daß der Block der Rechten bzw. die Trotzkisten in der UdSSR eine konterrevolutionäre Rolle gespielt haben und daß diese im 2. imperialistischen Krieg mit den Faschisten kooperiert hätten.

Mal davon abgesehen, daß ich den Trotzkismus für eine opportunistische Ideologie halte, welcher sich parallel zur stalinistischen Konterrevolution entwickelte, muß ich solche ungeheuerlichen Unterstellungen entschieden zurückweisen. Dies nicht nur deswegen, weil V.A. keinerlei Belege dafür liefert, sondern auch deshalb, weil alle geschichtlichen Tatsachen dagegensprechen. Vor wem die Trotzkisten in Wahrheit zu Kreuze gekrochen sind, stellt sich ziemlich schnell heraus, wenn man sich ihre abenteuerliche Theorie betrachtet.

Hierzu nur ein kleiner Auszug aus dem Buch — Aufstieg und Niedergang des Stalinismus:

„Frage: Ist die Bürokratie eine neue Klasse?“

„Antwort: Nein. Sie besitzt keinerlei eigene Wurzeln im Produktionsprozeß oder im wirtschaftlichen Leben des Landes; sie hat keine selbständige historische Aufgabe. Wir haben es hier mit einem parasitären Auswuchs des sowjetischen Proletariats, des Arbeiterstaats zu tun, der sich in einer bestimmten Periode seiner Geschichte gebildet hat. (...) So bedarf es keiner sozialen Revolution um die bürokratische Entartung in der „SU“ hinwegzufegen, keiner Veränderung der Produktionsweise oder der Gesellschaftsordnung; es genügt vielmehr eine politische Revolution, ein Wechsel der Regierungsform. (...) Zitat aus: Dreißig Fragen und Antworten zur neuen Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.“

Ganz deutlich wird hier, was die Trotzkisten wirklich wollten, nämlich nicht Zerschlagung, sondern Reform des Staatsapparates. Doch nun zu dem Vorwurf der Kooperation. Mit wem die Trotzkisten kooperieren, läßt sich ebenfalls sehr schnell klären, wenn man sich mit dem Manifest der Socialist Workers Party vom Juni 1941 befaßt:

„Die Sowjetunion ist in tödlicher Gefahr! Unter den widrigsten Bedingungen verteidigen die „sowjetischen“ Massen heldenhaft den Arbeiterstaat gegen die imperialistische Invasion. (...) Der deutsche Imperialismus will die Oktoberrevolution stürzen und das kapitalistische System in seiner degenerierten faschistischen Form wiederherstellen. Jeder Arbeiter, der die Bedeutung dieses Angriffes erkennt, wird ohne zu zögern die Parole unserer Partei unterstützen: **Verteidigt die Sowjetunion um jeden Preis und unter allen Umständen gegen den imperialistischen Angriff.**“

Wo hier die Kooperation mit dem Faschismus bleibt, bleibt das Geheimnis des Genossen V.A.

Wenn man den Trotzkisten „alles“ unterstellen kann, eines auf jeden Fall nicht, daß diese Rußland nicht verteidigen würden.

Ganz im Gegensatz zu der SAG, die der Genosse V.A. fälschlicherweise des Trotzkismus bezichtigt, leiten doch die Trotzkisten aus ihrer Leugnung des Staatskapitalismus in Rußland ihre Theorie des „bürokratischen Arbeiterstaats“ ab, die zur Verteidigung Rußlands führt. Sie leugnen nicht nur die Konterrevolution in Rußland wie alle anderen Opportunisten auch, sondern versteifen sich auch darauf, daß die Ökonomie der UdSSR fortschrittlich, ja sozialistisch sei. Dies führt bei konse-

quenten Trotzkisten zu der Losung: Ein Hoch auf die Rote Armee in Afghanistan! — Verteidigt die SU in Afghanistan gegen den Imperialismus!

Dagegen hat die SAG von Anfang an, seit ihrer Gründung polemisiert, indem sie den kapitalistischen Charakter Rußlands in mehreren Büchern bzw. Broschüren einschließlich ihrem eigenem Programm analysierte. Der Versuch von Genosse V.A. unsere Organisation in einen Topf mit Trotzkisten wie der GIM und anderen zu werfen, muß auf das entschiedenste verurteilt werden. Eine mögliche Entschuldigung von V.A., daß er unser Programm nicht kenne, rechtfertigt diese Unterstellungen keineswegs. Mit Sorge verfolgen etliche Genossen der SAG seit Monaten die prinzipienlose Vereinigungsstrategie der KPD-Führung. Anstatt sich mit den Grundlagen des Leninismus auseinanderzusetzen, versucht die Führung der KPD durch die Beschworung der Demokratie sowie durch diverse Vereinigungsstrategien die Parteikrise zu überwinden. Dies ist m.E. eine Strategie der Hilflosigkeit, die nur zur Zerstörung bzw. Auflösung der Partei führen kann, KPD/RF und KBW lassen grüßen. Leider gibt es gegen diesen Kurs keine vernünftige Opposition. Die Bolschewiki-Fraktion, zu der der Genosse V.A. anscheinend gehört, ist keineswegs eine Alternative zu dem ZK, genauso wenig wie die Fochler-Fraktion es je im KBW war. Genauso wie die Fochler-Fraktion einst im KBW so propagiert die Bolschewiki-Fraktion heute den Status Quo, d.h. die Verteidigung des alten und verbrauchten Parteiprogramms. Wohin das führt, nämlich zu einer immer bedeutungslosen und prinzipienlosen Sekte, dies können sich die Bolschewiki-Fraktionisten genau vor Augen führen, indem sie zum Beispiel sich die Entwicklung des BWK ansehen.

Daß dies nicht das Ziel sein darf, leuchtet hoffentlich jedem KPD-Mitglied ein. Ich bitte euch daher:

Beteiligt euch an der Schaffung einer wirklichen kommunistischen Partei, die im Geist von Marx, Engels und Lenin kämpft und wirkt! Kämpft mit der SAG gegen die Verfälschung des Leninismus durch alle Opportunisten und Revisionisten! Mit solidarischen Grüßen
Rot Front!
Ges.

Titoismus (1)

Einige Anmerkungen zum 2. Teil des Artikels „Was ist Titoismus?“, der sich mit der Rolle der Partei in der titoistischen Theorie bzw. jugoslawischen Wirklichkeit befaßt.

Ich war sehr gespannt darauf, da ich die derzeitige Haltung des ZKs in dieser Frage richtig finde und es leid war, immer den plakativen, phrasenhaften Titoismus-Vorwurf dagegen von „links“ zu hören oder zu lesen. Nun bin ich allerdings einigermaßen enttäuscht über die Ausführungen im RM!

Zunächst einmal finde ich zu Beginn des Artikels einen ziemliche Widerspruch: „In der Theorie des Bundes der Kommunisten (BDKJ) ist die Rolle, die diese Organisation (...) (spielen soll?) klar umrissen.“ Weiter unten dagegen: „Es fällt bei dieser Darstellung — und in ähnlicher Weise in nahezu allen entsprechenden Ausführungen aus Jugoslawien — auf, wie ausgesprochen vage das beschriebene wird, was nun wirklich die Rolle des BDKJ ist.“ Was nun, „klar umrissen“ oder „ausgesprochen vage“?

„Aussgesprochen vage“ finde ich bis dahin die Darstellung der titoistischen Parteitheorie, von der man sich anschließend abgrenzen will. Ein einziges Zitat, das zudem auch sehr interpretationsfähig ist und ansonsten relativ „vage“ Beschreibungsversuche des RM-Autors/der RM-Autorin!

Ich will zwar nicht spitzfindig sein, aber solche Sätze wie: „(...)“, so spielt der BDKJ keine andere Rolle als die, im Meinungsbildungsprozeß innerhalb der FSR Jugoslawien eine progressive Kraft darzustellen.“ kann man durchaus noch so weit interpretieren, daß sie bis zu der Aussage „Die KP (...) muß bestrebt sein, diese Klasse für die weitere Revolutionierung der Gesellschaft bis zum Kommunismus zu mobilisieren.“ reichen. Ich meine, um unsere Auffassungen von der Rolle der Partei klar vor der jugoslawischen abzugrenzen, bedarf es

einer genaueren Darlegung letzterer. Da ist es nicht damit getan, 1/3 des Artikels auf den Titoismus und 2/3 auf unsere heutigen Ansichten bzw. unsere heutige Auswertung der Erfahrungen in der UdSSR, der DDR usw. zu verwenden.

„Die Partei wird träge und denkfaul, wenn sie an die Macht kommt. Man identifiziert sich schnell mit der Macht, und es installiert sich eine Bürokratie.“ Wenn dies auch eine Darstellung ist, die den tieferen Ursachen einer Entwicklung wie in der UdSSR oder DDR nicht gerecht wird, so geht sie aber dennoch nicht voll an unserer Sichtweise vorbei. Das beschriebene Moment ist ja eines der ganz wesentlichen „Bedenken“, was z.B. die Arbeiter in unserem Lande haben. Und auch wir sehen eine solche Gefahr und versuchen, eine Antwort darauf zu finden, wie sie sich z.B. in den Thesen des ZK ausdrückt.

Ich meine, daß dieser Artikel aus der Warte eines „linken“ Kritikers des ZKs keine ausreichend und befriedigende Entgegnung auf den Titoismus-Vorwurf darstellt. Wobei angemerkt sei, daß dieser Vorwurf allerdings überhaupt nicht belegt wird. Aber das ist das Problem der „Linken“.

Wir sind ja durchaus der Meinung, daß eine allmächtige, womöglich noch verfassungsmäßig abgesicherte Stellung der Partei, so wie sie sich z.B. in den Ostblockstaaten herausgebildet hat, tendenziell zur Stagnation, zur Bürokratisierung, zum Administrieren und zur Verhinderung von Masseninitiative neigt. Solche Tendenzen stehen dem Bestreben, die sozialistische Gesellschaft weiter zu revolutionieren, entgegen.

Wir haben erste Antworten auf dieses Problem formuliert. Diese sprechen sich nicht gegen eine Beteiligung der Kommunisten an der Machtausübung im Sozialismus aus. Wie stehen nun die Titoisten in ihrer Theorie zur Machtausübung? Das eine Zitat besagt für mich zumindest noch nicht, daß sie gegen jede Machtbeteiligung der Kommunisten seien.

Noch ein Punkt: wenn das titoistische Parteikonzept in der Wirklichkeit nie bestand, so kann man logischerweise in der jugoslawischen Realität nicht dessen Scheitern sehen. Man kann dann höchstens davon sprechen, daß die Titoisten Lippenbekenntnisse abgelegt haben, zu deren Umsetzung sie nie gewillt waren. Eine theoretische Widerlegung des Konzeptes bedarf dann aber, wie schon oben gesagt, einer genaueren Darlegung des Konzeptes selbst.

Zum Schluß noch eines: die Theoretiker werden als „gar nicht bescheiden“ angesehen, weil sie in ihren Thesen die Alternative zu RGW-Staaten und westlichem Kapitalismus sehen. Ist das ein politisches Argument gegen die Thesen? Ich denke, wir sehen in unseren Anschauungen doch auch eben eine solche Alternative, oder etwa nicht?

Ich hoffe, es ist halbwegs rübergekommen, worum es mir in meiner Kritik geht, und daß sie Anlaß für etwas genauere Betrachtungen und darauf basierende Abgrenzungen von falschen Theorien ist.

Mit sozialistischen Grüßen
H. aus Bremen

Titoismus (2)

„Weit ab vom Schuß“ in Tirana erreichte uns der RM Nr. 15 vom 12.4. erst am 20.4. So muß meine Zuschrift zu dem Artikel „Was ist Titoismus“ recht spät kommen. Denn da mich dieser Artikel entgegen der Titelfragestellung nicht mit dem Titoismus bekanntmacht, mußte ich zunächst einmal selbst versuchen, mich wieder etwas kundig zu machen.

Dieser Artikel bezeichnet für mich einmal mehr die theoretische und ideologische Krise und Verwirrung der KPD! Denn er weicht der selbstgestellten Frage konsequent aus. Er tut vielmehr so, als könne sich die Parteiführung der Kritik, titoistische Vorstellungen zu vertreten, entziehen, indem sie die realen Zustände in Jugoslawien geißelt. Da allerdings wird sie sicherlich eine Einheit sogar mit manchem bürgerlichen Kritiker Jugoslawiens finden. Doch die jugoslawische Wirklichkeit ist doch die Folge einer Klassenpolitik einer neuen Bourgeoisie und ihres Staates, welches durch das theoretisch-ideologische Gedanken- und Ideensystem „Titoismus“ erst bemän-

telt, vertuscht, gerechtfertigt wird. Die Entlarvung des Titoismus kann folglich doch nicht ohne die Entlarvung, ohne die Auseinandersetzung mit den Tricks der titoistischen „Theoretiker“ geschehen. Und davon findet sich fast nichts in dem Artikel, und das kann kein Zufall sein. Denn etliche Kerngedanken Kardeljs, des sogenannten Cheftheoretikers des Titoismus weisen schon beachtliche Ähnlichkeiten mit den vom ZK vertretenen Positionen auf. Aus Mangel an deutschsprachigen Quellen hier möchte ich mich auf den Aufsatz Enver Hoxhas „Die jugoslawische ‚Selbstverwaltung‘“, kapitalistische Theorie und Praxis“ beziehen, der bezeichnenderweise in der angeführten Literatur zu dem RM-Artikel fehlt. (Nachzulesen in „Albanien Heute“ 1/1979) Dort schreibt Enver Hoxha: „Laut Kardelj hat der Bund der ‚Kommunisten‘ in Jugoslawien keinerlei Recht auf die politische Führung im Machtsystem, weil dort die Macht (...) durch das System der Delegierten verwirklicht wird, während der Bund der Kommunisten, als Bestandteil des selbstregierten Systems, einer der wichtigsten Faktoren des gesellschaftlichen Einflusses bei der Formung des Bewußtseins der Selbstregierenden und der Organe der Delegierten ist.“ (Die Textteile zwischen einfachen Anführungszeichen sind ein Kardelj-Zitat). So sieht der Revisionist Kardelj „sein“ System, dem er dient. In den ZK-Thesen „Die Pariser Kommune, die Oktoberrevolution und das Programm der KPD“ heißt es (Kommun. Hefte 10, S. 23): „Die führende Rolle der Partei bezieht sich nicht auf die Führung des Staatsapparates... Selbstverständlich nehmen Kommunisten als Teil ihrer Klasse an der Durchführung der politischen — auch der staatlichen — Macht der Arbeiterklasse teil, eine besondere politische Macht für sich als Partei streben sie nicht an.“ Im Programmentwurf heißt es im Eingangskapitel: „Die Kommunisten kämpfen für die politische Macht der Arbeiterklasse und streben keine besondere Herrschaft für sich an.“ (Die Fortsetzung dieses Gedankens im Sinne der ZK-Thesen fehlt hier nur deshalb, weil der Programmentwurf die Rolle der kommunistischen Partei überhaupt nicht definiert. So kann er gar nicht die Frage behandeln, wie die KP ohne „besondere politische Macht“ zu agieren gedenkt im Sozialismus!)

Es geht hier überhaupt nicht darum, nun für die kommunistische Partei auf Teufel komm raus tierische Sondervollmachten einzufordern, sondern darum, eine Ideologie offenzulegen. Denn was Kardelj da schreibt, was so schön dem von vielen Genossinnen und Genossen formulierten Wunschenken nahekommt, ist nichts anderes als eine böse Lüge: Selbstverständlich hat der BDKJ ganz real, ganz brutal und ganz wirklich die Sonderrolle in Jugoslawien, er ist herrschende Partei. Und genauso, ob sie das nun so sagt oder wünscht oder auch nicht, wird die KPD, sollte sie dereinst einmal die Revolution führen, eine besondere Rolle, eine besondere Macht ausüben, ganz real. Diese Rolle im eigenen Programm klar und überlegt, dem Klassencharakter der Partei und dem Klasseninteresse des Proletariats gemäß zu formulieren, ist nichts weniger als eine Frage der politischen Ehrlichkeit und Offenheit, wohingegen Kardelj und der Programmentwurf offen lügen!

Ich finde noch immer Lenins Formulierung im Programm der Bolschewiki vorbildlich. Diese ist klar und überlegt: „Die internationale Sozialdemokratie, die sich die Aufgabe stellt, das Proletariat zur Erfüllung seiner großen historischen Mission zu befähigen, organisiert es zu einer selbständigen politischen Partei, die sich allen bürgerlichen Parteien entgegenstellt, sie leitet seinen Klassenkampf in allen Erscheinungsformen...“ (LW, Bd. 24, S. 469, Hervorh.

von mir). Das ist offen, klar und einsichtig. Da steht nichts von „besonderer Herrschaft“. Aber: Leitung des Klassenkampfes des Proletariats in allen Erscheinungsformen — das ist unmißverständlich: Ergreift das Proletariat die Staatsmacht (und davon ist im Progr. der Bolschewiki nur ein Satz vorher die Rede), so wird die Partei auch den Klassenkampf mittels des Staatsapparates leiten!

Weitere Beispiele aus Kardeljs Ideen: Die jugoslawischen Revisionisten sprechen von 2 Phasen des Sozialismus. Die erste Phase umfasse angeblich die ersten Jahre nach dem Sieg der Revolution, in denen sie auch von „Diktatur des Proletariats“ zu reden bereit sind. Letztere findet nun nach Kardelj ihre Ausprägung im „etatistisch-bürokratischen Staat“ sei dann ersetzt durch die „direkte Demokratie“ (!). Kardelj: „... Das weitere Funktionieren unserer Gesellschaft wird immer weniger auf der Rolle des Staatsapparates basieren und immer mehr auf der Macht und der Initiative der Arbeiter...“ (Zusammenfassung und Zitat nach Enver Hoxha a.a.O., S. 15).

Ich kann die Genossinnen und Genossen nur auffordern, diese Fragen vertieft zu klären, denn im Augenblick bin ich nicht in der Lage, hier in Tirane Kardelj in deutscher Sprache zu studieren. Doch eines muß unbedingt klar sein: So wie es bei der Bekämpfung des Titoismus nicht darum gehen kann, daß dessen Ideologien Marx oder Lenin nicht richtig verstanden hätten, sondern darum zu zeigen, wie Kardelj, Tito und Co. eine kapitalistische, arbeiterverräterische Praxis in Jugoslawien (und anderswo) bemänteln, vertuschen, rechtfertigen, wie sie der Arbeiterklasse jede illusionslose Sicht ihres Klassenkampfes verstellen... so geht es bei der Kritik der ideologischen Positionen des ZK der KPD darum, auch ihre Illusionen, Verharmlosungen und Verniedlichungen des proletarischen Klassenkampfes zu enthüllen und einer illusionslosen, die historischen Gesetze des Klassenkampfes widerspiegelnden Formulierung und Praktizierung unserer Grundsätze des Marxismus-Leninismus Bahn zu brechen. Ohne Drumherum, ohne jede Einschränkung die Diktatur des Proletariats zur „unerläßlichen Vorbedingung“ der sozialen Revolution des Proletariats zu erklären, wie es das Programm der Bolschewiki tat, oder sie zwar einzuräumen, aber, bitte, wenns irgend geht, nicht mit Polizeiaktionen (warum eigentlich nicht?), wie „unser“ Programmentwurf es tut, das hat etwas mit Illusionen bzw. mit Illusionslosigkeit, mit Charakterisierung der Größe unserer Aufgabe bzw. mit ihrer Verniedlichung zu tun.

Rot Front
N., Tirana

P.S.: Illusionen zu haben und sie zur Ideologie zu erheben, bereitet unserem ZK schon bei Problemen viel geringerer Größenordnung Kopfschmerzen. Da wird erklärt, alle Leserbriefe würden ungekürzt veröffentlicht. Dem lag wohl die Illusion zu Grunde, daß nur freundlich zustimmendes oder unfreundlich Nörgelndes innerhalb des 300-Zeilen-Limits anfallen würde. Daß 17,5 Seiten lange Papiere anfallen würden. (Was Wunder bei den ZK-Thesen!), schien in die Rose-rote Sicht des Klassenkampfes nicht zu passen. Die Streiterei, ob ein Leserbrief kurz oder lang sein dürfte, ist m.E. lächerlich, wir haben ein Theoretisches Organ, warum ist das Papier dort nicht veröffentlicht?! Das Papier von D.M. noch immer nicht veröffentlicht zu haben, entlarvt jene Ankündigung, alle Leserbriefe zu veröffentlichen, als liberale Ideologie.

(Solltet ihr Platzprobleme haben, könnt ihr das PS weglassen, obwohl ich auch darauf wert lege.)

Abonniert die Wochenzeitung der KPD

- Hiermit bestelle ich: Abonnement(s) ... ab Nr.
- ☐ jährlich 60 DM ☐ Ich lege Post/Bankscheck bei über DM
- ☐ halbjährlich 30 DM ☐ Ich habe den Betrag von DM an den Verlag überwiesen
- ☐ Ich bin arbeitslos / Schüler / Student und zahle nur den halben Preis. Bescheinigung liegt bei. ☐ Ich bitte um Vorausrechnung

Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.
Bankverbindungen: Stadtparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321000290
(Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

Das Stück „Die Maschinenstürmer“ schrieb Ernst Toller in seiner Haftzeit, die er wegen seiner aktiven Teilnahme an der Münchner Räterepublik absitzen mußte. Das Drama führt uns in die Zeit des Ludditen-Aufstands — Ludditen nannten sich die englischen Maschinenstürmer nach ihrem geheimnisumwitterten Anführer Ned Lud. England 1815. In Nottingham herrscht in den Arbeitervierteln das nackte Elend. Hunger, Armut, Kinderarbeit und Lohn-drückerei, Alkoholismus bestimmen das Leben der We-

„Wo gibt es denn bei uns Familie? Der Webstuhl ist mir vertrauter als mein eigen Kind. Was weiß ich von dem? Daß es da ist und essen will“

Aus „Die Maschinenstürmer“

berfamilien.

Das Stück beginnt mit dem Auftritt von Jimmy Cobbett. Sein Weg durch die großen Städte und Fabriken Englands hat ihn in die wachsenden Reihen des neuen „Bundes der Werkleute“ geführt. Diesen Bund ins aufgewühlte Nottingham zu tragen, ist er in der Stadt, in der unter Führung von John Wible die Weber gegen die Einführung der neuen dampfgetriebenen Webstühle des Fabrikanten Ure streiken.

Henry Cobbett, der Bruder Jimmys, ist bestürzt über die Rückkehr seines „rebellischen“ Bruders. Inzwischen zum rücksichtslosen Geschäftsführer des Fabrikanten Ure hochgedient, fürchtet der frühere Weber um seine Stellung. Die Auseinandersetzung der verfeindeten Brüder bricht der alten Mutter fast das Herz. Jimmy verläßt sie und den Bruder.

Im Schutze der Dunkelheit versammeln sich die verzweifelte Weber. Die unverrückbare Entscheidung Ures, mit dem Aufstellen der neuen Maschine drei Viertel der Weber zu entlassen, versetzt die Streikenden in äußerste Erregung. Ihrem ungestümen Anführer Wible folgend, beschließen sie, die Maschine zu zerstören. Jimmy, der Fremde, ergreift das Wort. Statt des aussichtslosen Anrennens gegen die Maschine setzt er auf den geduldigen und organisierten Kampf gegen die Maschinenbesitzer. Seine Utopie, eines Tages Herr und nicht mehr Sklave der Maschine zu sein, ergreift die Weber. Sie wählen den geheimnisvollen Fremden zu ihrem neuen Anführer.

John Wible sieht mit



ERNST TOLLER

Die Maschinenstürmer

Festspielinszenierung
Premiere am 3. Mai '85

Erweiterte Ruhrfestspiele Recklinghausen
Regie: Wolfgang Lichtenstein
Ausstattung: Atlantikos Soundstudio
Musik: Wolfgang Flory

Vorstellungen im Mai: 1, 5, 10, 11, 12, 14
15, 21, 25, 26, 31. im Juni: 1, 2, 3, 4, 11
Vorverkauf: Kartenspiele Festspielhaus
Tel. 02361/25300 und 25350

„Gut gemeint ist das Gegenteil von Kunst“, mit diesem Zitat von Gottfried Benn schließt ein ziemlicher Verriß der Festspielinszenierung der Ruhrfestspiele in Recklinghausen in der „Frankfurter Rundschau“. Aber selbst

Haß, wie ihm die Führung aus den Händen genommen ist. Er lenkt den Gang der sich überschlagenden Ereignisse so, daß sich die Erregung der Arbeiter und vor allem ihrer auf Aktionen drängenden Frauen am Abend des nächsten Tages doch im wilden Sturm auf die Maschine entlädt.

Jimmy, herbeieilend, um die sinnlose Tat zu verhindern, erscheint den fanatischen Webern als Verräter. Jimmy wird erschlagen, während draußen schon das Militär die Fabrik umstellt.

Die Inszenierung des

„Wenn nämlich jedes einzelne Werkzeug auf einen Befehl hin, oder einen solchen vorausahnend, seine Aufgabe erfüllen könnte, ... wenn also auch das Weber-schiffchen so webte ..., dann bedürften weder die Baumeister der Gehilfen, noch die Herren der Sklaven.“

Aristoteles „Von den Werkzeugen“

Stückes in Recklinghausen trägt sicher nicht dazu bei, die problematischen Momente dieses Arbeiterdramas, wie z.B. die einem heute sehr fremde expressionistische Sprache zu überwinden. Zusätzlich hat man den ursprünglichen Prolog von Toller — das Vorspiel stellt die Absegnung der Kinderarbeit im englischen Parlament dar — weggelassen,

wenn ein erwarteter „großer Theaterabend“ ausblieb, die Arbeit des Ensembles der Ruhrfestspiele verdient mehr als ein „Gut-gemeint-war-es-ja“.



Szenenfoto

und dafür einen sehr hochtrabend dramatischen Text von Heiner Müller genommen: Der gefesselte Prometheus — von den Göttern bestraft, weil er den Menschen das Feuer und damit die Möglichkeit einer eigenständigen Entwicklung brachte. Auch die Einlage, Brechts Nachdichtung des kommunistischen Manifests in verfremdendem Sprechgesang vortragen zu lassen, schafft eher Distanz zum Stück als es zum Verständnis beiträgt.

Das so „aufgearbeitete“ Schauspiel wird dann auch noch nur mühevoll von der Bühne in den Zuschauer-raum transportiert. Die gigantische Bühne, das Bühnenbild, in schrillen Kontrasten von einer kalten weißen Mammuttere bis hin zum naturalistischen Fabriknachbau wechselnd, läßt Dialoge

etwa kaum miterleben, sondern verlangt dem Zuschauer einige Mühe beim Verfolgen der Szenen ab.

Die sehr gute, einfühlsame Musikbegleitung von vier Musikern der Gruppe „Total Art of Percussion“ wirkt plötzlich aufdringlich, wenn der ganze Orchestergraben mit allen Mitteln der Bühnentechnik immer wieder ins Bild gehoben wird. Weniger wäre da wirklich mehr, wobei man bedenken muß, daß das Recklinghäuser Ensemble es mit „Riesenbühne im protzigen Kulturbunker der Festspiele wirklich nicht einfach hat.“

Und dennoch, das Stück bewegt was, bewirkt was. Zentrales Problem ist das Verhältnis des Menschen zur Maschine. Der Widerspruch zwischen den Möglichkeiten der technologischen Ent-

wicklung und ihrer sozialen Beherrschbarkeit wird aufgezeigt. An der spannend (re-)konstruierten, historischen Situation wird ein Stück Sozialgeschichte gezeigt.

Angeblieh waren die Maschinenstürmer von einem primitiven Haß auf die Maschine besessen, bäumten sich blind gegen die historische Notwendigkeit auf, waren unfähig, die neue Zeit zu begreifen, rückwärtsgerichtet, roh und gewalttätig und versoffen ohnehin. Gern wird zugestanden, daß die Maschinenstürmer sich in

„Was sind wir? Ware! Ding! Ein jeder hassen-des, gehaftes Ding!“

Aus „Maschinenstürmer“

einer verzweifelte Lage befanden, aber dennoch galt Maschinenstürmerei als ein Irrweg, eine Kinderkrankheit der Arbeiterbewegung.

In Wirklichkeit kämpften die Maschinenstürmer nicht irrational gegen „Maschine“ und Fortschritt, sondern rational gegen den Hunger.

Im 18. Jahrhundert war in England das Zerstören oder Inbrandsetzen von Produktionsanlagen eine durchaus etablierte Form der Tarifaueinandersetzung. Lohnkämpfe waren wirklich Kämpfe, in denen es ums physische Überleben ging. Der englische Sozialhistoriker Eric Hobsbawm hat gezeigt, daß das Zerstören von Geräten oder Gebäuden durchaus sinnvoll und auch

erfolgreich sein konnte: dadurch wurde im Fall einer Arbeitseinstellung — die schon damals die Hauptwaffe der Arbeiter war — der Einsatz von Arbeitswilligen verhindert; geriet eine Manufaktur in Brand, so waren die Inhaber nahegelegener Manufakturen sicher eher bereit, den Arbeitern entgegenzukommen ... Zur Gewalt gegen Sachen fühlten sich die Arbeiter durchaus berechtigt; denn Verhältnisse, die es einem fleißigen Arbeiter nicht gestatteten, sich und seine Familie notdürftig zu ernähren, waren ungerecht.

„Allerdings durch die Tat und nicht durch das Wort wird die Erde erschüttert.“

Aus dem Prolog zu „Die Maschinenstürmer“ (Heiner Müller: Prometheus [nach Aischylos])

Maschinen werden nicht eingesetzt, um den Fortschritt der Menschheit zu fördern, sondern ausschließlich, um die Produktion einer Ware zu verbilligen, und das heißt, um menschliche Arbeit einzusparen. Maschinen setzen Arbeitskräfte frei. Nicht aus Fortschrittsfeindlichkeit kämpfen die Arbeiter zur Zeit der Industrialisierung gegen die Einführung neuer Maschinen, sondern sie kämpfen gegen jede einzelne, die Arbeitsplätze beseitigt.

Die Parteinahme für die Arbeiter, die Tragik dessen, der weitersieht, aber „am Tag der Tat“ keinen Rat weiß, das zeichnet das Toller'sche Stück aus. Auch die Charaktere, widerspruchsvoll, lebendig und gar nicht schwarz-weiß gezeichnet, sprechen für das Schauspiel, das bei seiner Uraufführung 1922 von Tausenden begeistert gefeiert wurde. Die Zeiten haben sich geändert — die Problemstellung nicht. Die Macher der Ruhrfestspiele sollten sich nicht von Kritikern beeinflussen lassen, die sagen „künstlerisch durchgefallen“ und die Ruhrfestspiele am sonstigen westdeutschen Theaterbetrieb messen. Dort feiert mittlerweile Weltuntergangsstimmung, Pessimismus und Skeptizismus fröhliche Urstände. Nicht in diesen Trend zu passen, ist positiv. Und die Herangehensweise, nämlich Theater anhand von aktuellen Problemen der Arbeitswelt zu machen, ist richtig. Wenn es dann mal nicht gut gelingt, muß man es besser machen, es aber nicht für unmöglich oder unnötig erklären, wie es wohl einige wollen.

Die nächsten Vorstellungen:
24., 25., 26., 31. Mai,
1., 2., 3., 4., 11. Juni

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefstraße 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstraße 70, Tel.: (0421) 39 38 88, geöffnet: Fr 18 -

4600 Dortmund (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109 a, Tel.: (0231) 209 31.

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: (0203) 44 30 14.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 430 07 09, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhof Str. 103, Tel.: (0231) 43 36 91 und 43 36 92.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen: Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 46 65 29.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Kontaktadresse: Karola Firzlaff, Jungmannstr. 68 a.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 413 18.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699 382.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432 388, geöffnet: Mo - Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr. KPD Saar: 6685 Schifflweiler, Kontaktadresse: E. Bittner, Hauptstraße 43.

Sektion Westberlin: 1000 Berlin 44 (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Str. 18, Tel.: (030) 622 8474.